

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,00. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 25.

Sonntag, den 30. Januar 1898

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Achtung, Parteigenossen!

In der Provinz werden, wie man uns mittheilt, jetzt zahlreiche Flugblätter und andere Drucksachen gegen die Sozialdemokratie verbreitet. Wir bitten unsere Freunde im Lande, vor allem die Vertrauenspersonen, uns von denselben mindestens je ein Exemplar sofort nach der Verbreitung zu übersenden.

Ferner bitten wir, da in dieser Zeit viele politische Versammlungen im Lande stattfinden, uns von den bürgerlichen Lokalblättern, welche einen Bericht über dieselben enthalten, zuzustellen.

Sollten ferner die Genossen den Wunsch hegen, daß gelegentlich in stattfindende gegnerische Versammlungen ein Redner unserer Partei entsandt wird, so bitten wir, den Genossen W. Effinger, Johannisstraße 50, hiervon spätestens 1 Tag vorher, wenn nicht anders angängig telegraphisch, zu benachrichtigen.

Die Drucksachen bitten wir an die Redaktion des „Lüb. Volksbote“ zu senden.

Alle Auslagen werden auf Verlangen selbstverständlich eriegt.

Das Wahlkomitee.

Zur Erweiterung der Befugnisse der Gewerbegerichtsbefugter.

Einen wichtigen Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten hat die Zivilprozeß-Kommission des Reichstags in ihrer ersten Sitzung zum einstweiligen Beschluß erhoben: in Gewerbegerichtssachen, in denen das Landgericht in zweiter Instanz entscheidet, soll je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugezogen werden. Wenn dieser Beschluß auch in den folgenden Stadien der Beratung aufrecht erhalten wird — die Annahme erfolgte mit 9 gegen 6 Stimmen, und einige Zustimmung behielten sich eine veränderte Stellungnahme in zweiter Kommissionslesung vor — so wird er zunächst den unleidlichen Zustand beseitigen, daß bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in erster Instanz vor dem Gewerbegerichte ein sachkundiges Urtheil gefunden wird, das aber — wenn das Objekt über 100 Mk. beträgt und berufungsfähig ist — in zweiter Instanz durch ein Kollegium von gelehrten Richtern umgestoßen wird.

Darüber hinaus würde dieser Antrag aber auch noch eine weitergehende Bedeutung haben. Derselbe Uebelstand, daß den Richtjuristen eine Mitwirkung nur in erster Instanz gestattet wird, während man rein juristisch besetzten höheren Instanzen das Recht giebt, ihre Urtheile umzustößen, besteht in unserer ganzen Justizverfassung. So werden z. B. handelsrechtliche Streitigkeiten vor den Kammern für Handelsfachen unter Mitwirkung kaufmännischer Handelsrichter entschieden, während die Umstößung der Urtheile bei den Oberlandesgerichten ohne kaufmännischen Beirath erfolgt. In Strafsachen hat sich die Staatsanwaltschaft schon vollständig daran gewöhnt, Schöffengerichte, in denen das Laienelement gegen den juristischen Formalismus durchgedrungen ist, grundsätzlich als bloß provisorische anzusehen und mit Hilfe der rein juristischen Landgerichte umzustößen. Es wäre sehr wohlthätig, wenn in dies Prinzip Wertsche gelegt und zunächst für Gewerbegerichtssachen die Mitwirkung von Laien auch in zweiter Instanz ausgesprochen würde.

Gegen eine Einzelheit des Antrages macht nun die „Frankf. Btg.“ ein Bedenken geltend. Sie erwägt: „Sein Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind als Beisitzer neben drei Juristen zu wenig, um sich auch nur einige Autorität verschaffen zu können. Ueberall, wo wir in unserer Justizverfassung Juristen und Laien nebeneinander haben, hat man dem juristischen Element die Leitung, dem Laienelement aber eine starke Vertretung gesichert: so urtheilen zwei Schöffen unter einem Amtsrichter, zwei kaufmännische Handelsrichter unter einem Landrichter; bei den Schiedsgerichten für die Unfallversicherung je zwei Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter einem Beamten.“

„Abgesehen vom Reichs-Versicherungsamt, das für seine Befugnisse überhaupt nicht so feste Bestimmungen hat, wie rein richterliche Behörden, haben wir wohl ganz allgemein den Grundsatz, daß gegenüber der juristischen

Leitung das Laienelement wenigstens durch seine Stimmenzahl einigermaßen ein Schwergewicht bekommen muß. Es wäre eine bedenkliche Abweichung von diesem Prinzip, wenn man das Laienelement so zurückdrängen wollte, daß neben drei Juristen nur je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzugezogen werden. Setzt man aber an deren Stelle je zwei Vertreter dieser beiden Stände, so würde dann in der einstweilen angenommenen Gesetzesänderung ein bedeutsamer Anfang für die Einführung des Laienelements in die Rechtsprechung höherer Instanzen überhaupt gegeben sein.“

Die „Frankf. Zeitung“ nennt ihr Bedenken „schwerwiegend“. Daß vier Laienrichter neben drei Juristen einen Zustand verkörpern, der noch besser als der jetzt in der Kommission beschlossene ist, liegt auf der Hand. Aber daß im Vergleich zu dem jetzt geltenden Stande der Dinge, wo die Laienrichter in zweiter Instanz überhaupt von jeder Mitwirkung an der Urtheilsfällung ausgeschlossen sind, der sozialdemokratische Antrag einen ganz schwerwiegenden Fortschritt zum Guten enthält, dem gegenüber jener weitere von der „Frankf. Btg.“ gewünschte Fortschritt an grundsätzlicher Bedeutung eigentlich zurücktritt, das ist ebenso gewiß.

Der sozialdemokratische Antrag hat ein reaktionäres Prinzip durchbrochen, hat eine neue Bresche in die Mauern klassenstaatlicher Justiz gehauen und damit die Vorbedingung erfüllt zum Einklimmen höherer Stufen der Entwicklung in diesem für die Arbeiter so wichtigen Ressort der Rechtsprechung. Daß die Sozialdemokratie die erste unter denen sein wird, die den Fuß auf die höheren Stufen zu setzen suchen werden, das brauchen wir kaum noch zu betonen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die nächsten Reichstagswahlen werden auch ein Kampf um die staatsbürgerlichen Rechte, vor allem um das allgemein, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sein. Würde die Reaktion siegen, dann adel! Koalitionsrecht der Arbeiter, dann adel! des Wahlrecht zum Reichstage, dann sind die Arbeiter nicht nur ökonomisch wie bisher, sondern auch politisch Staatsbürger letzter Klasse. Was Graf Pobadowsky gegen das Koalitionsrecht plant, das planen, wie Graf Mirbach im Mai 1895 im Herrenhause ehrlicher als klug enthüllt hat, die Konservativen gegen das zu Recht bestehende Reichstags-Wahlrecht. Die Taktiker in der konservativen Partei haben es dem Grafen Mirbach sehr verübelt, daß er der Todfeindschaft seiner Partei und Klassen Genossen gegen das größte politische Recht jedes Staatsbürgers so rückhaltlos Ausdruck gegeben hat. Uns erscheinen die Desavouirungen des Grafen Mirbach durch den Grafen Limburg-Stürm, den Bund der Landwirthe und nun durch die „Kreuz-Zeitung“ stets komisch, da man ja auch ohne die Rede des Grafen Mirbach seine Gesinnungen und die seiner Parteifreunde wohl kannte. Aber heute herrscht noch das allgemeine Wahlrecht, auch der nächste Reichstag, der über so vieles Wichtige, sicherlich über die Handelsvertragspolitik, vermutlich auch über das Reichstagswahlrecht zu entscheiden haben wird, muß auf Grund dieses Wahlrechts gewählt werden. Und da wollen die Konservativen, deren Wahlausichten ja auch sonst nicht gerade die günstigsten sind, ihre Wähler noch einmal über ihre Stellung zu den Volksrechten täuschen.

Staatssekretär von Poddelski hat nach den jetzt festgestellten Protokollen der Budgetkommission in Bezug auf die Reform der Personalverhältnisse der Postbeamten u. a. wörtlich die folgenden Erklärungen abgegeben:

„Nach Abschluß der Tarifreformen auf dem Gebiete des Postwesens und des Fernsprechwesens habe ich die Absicht, in die Erörterungen über die als notwendig erkannten Reformen der Personalverhältnisse der Postverwaltung einzutreten. Ich bin für eine strenge Scheidung der oberen und der mittleren Beamten-Laufbahnen. Um bewährte und tüchtige Beamte aus der Assistentenklasse zu weiterem Streben anzuregen, wird ihnen voraussichtlich die Aussicht auf das Eintritt in höhere Dienststellungen, als ihnen jetzt zugänglich sind, eröffnet werden können.“

Mädchen und kinderlose Wittwen beabsichtige ich in weiterem Umfange als bisher im Post- und Telegraphendienst zu verwenden. Setzt werden sie fast

ausschließlich im Fernsprechnetze beschäftigt. Ich werde sie namentlich auch zum Apparatdienst bei den Telegraphenämtern und bei Postämtern mit bedeutenden Telegraphenbetriebsstellen, sowie zum Gehülfsdienst bei Postämtern III zulassen.

Ferner beabsichtige ich, von den Unterbeamten solche auszuscheiden, denen schwierigere und verantwortungsvollere Verrichtungen, beispielsweise die Ueberladegeschäfte auf den Bahnhöfen obliegen. Für diese Unterbeamten wird sich, wie ich hoffe, eine Besserstellung in der Befolgung erreichen lassen.“

Ferner gab der Staatssekretär in Bezug auf die Unterbeamten folgende Erklärung ab: „1) Die Kündigungsfrist für die noch nicht auf Lebenszeit angestellten Post-Unterbeamten auf Lebenszeit (also ohne Widerruf) 12 Jahre nach der eintägigen Anstellung. Diese Frist soll auf acht Jahre ermäßigt werden.“

Endlich liegt in Bezug auf die Urlaubsverhältnisse und in Bezug auf die Landbriefträger nachfolgende Erklärung vor: „Bezüglich des Urlaubs haben die Beamten, die in freier Luft arbeiten, nicht das Bedürfnis wie die Bureaubeamten. Für letztere ist auch in fürsorglicher Weise Vorsehrung getroffen. Für die Landbriefträger seien die Bestellbezirke viel kleiner geworden, von 35 Quadratkilometern auf 16 Quadratkilometer. Im Durchschnitt habe ein Briefträger 21,3 Kilometer zu machen. Schablonenhaft hier vorzugehen, sei unmöglich. Auch eine leichtere Sommerkleidung solle eingeführt werden; Versuche in dieser Hinsicht, auch für die Landbriefträger, werden im nächsten Sommer vorgenommen werden, für die Bureaubeamten sei die Sache bereits entschieden.“

Ueber das Kiaotschau-Gebiet, welches China an Deutschland abgetreten hat, äußert sich in einem in der „Tägl. Rundschau“ abgedruckten Privatbrief ein Seeoffizier der Besatzung wie folgt: „Das Land ist nun nicht gerade ein Garten Eden. Dede Sand- und Felsengegend, zackige Berge und Hügel, die nur stellenweise mit kleinen Kiefern bewachsen sind; erbaulich sieht es eigentlich nicht aus, wennschon es hin und wieder nicht an ein paar hübschen Punkten fehlt. Der spärliche, jetzt fast steinharte Boden wird aber mit geradezu bewundernswürdiger Arbeit von den Chinesen kultiviert, doch etwas Anderes als Gerste und Klee habe ich noch nicht entdecken können. Und dennoch ist das Land nach unseren Begriffen ganz gut bevölkert; ein schöner großer Menschen-schlag wohnt in einer Menge kleiner Dörfer, die über das Land zerstreut liegen. Die kleinen Häuser sind vielfach aus Steinen erbaut — ein Beweis, daß die Bewohner auf heftige Winde rechnen. Thatsächlich haben wir auch acht Tage lang einen eifigen Nordwest gehabt mit Schneegestöber und kaltem Regen, oft von sturm-artiger Stärke. Wir fühlten uns lebhaft an die heimathliche Nordsee erinnert, nur war der Uebergang ein wenig zu plötzlich.“

Wie nach den „Berl. N. N.“ verlautet, dürfte demnächst ein Wasserbaumeister nach Kiaotschau gesandt werden.

Die Entwicklung des Koalitionsrechts gereicht der Sozialdemokratie zum Schaden. Zu diesem Schlusse kommt die „Soziale Prosis“ in einem Artikel über die politische Bedeutung der Gewerksvereine, indem sie schreibt:

„Wenn es sicher wäre, daß die Entwicklung des Koalitionswesens der Sozialdemokratie Vorschub leisten müßte, so wären die Regierungen in vollem Recht, wenn sie ihr mit allen Mitteln vorzubeugen suchten. Man mag über die Kritik, die die Sozialdemokratie an der heutigen Ordnung übt, und über ihre letzten Ziele, den „Zukunftstaat“, denken wie man will — darüber kann kein Zweifel sein, daß das Dasein dieser Partei, daß die Art, wie durch sie die Vertretung des Interesses des vierten Standes erfolgt, dem Interesse der Nation zuwiderläuft. Nicht nur der sozialpolitische, der ganze politische Kurs muß dahin orientirt werden, sie zu schwächen, womöglich zu sprengen und die Aufgabe der Emanzipation der Arbeiterklasse in andere Hände zu legen.“

Aber — das, was unseren Behörden und denen, die auf die sozialpolitische Dogmatik des Herrn von Stumm schwören, als Beweisen gilt, ist ja keineswegs bewiesen. Vielmehr ist in hohem Grade wahrscheinlich, daß diejenigen die wahren Propheten sind, die — wie z. B. die Herren Lieber, Häpden und so manche Andere — behaupten, daß die Entwicklung des Koalitionswesens der Sozialdemokratie zum Schaden gereichen würde, indem damit ihr Einfluß auf die deutsche Arbeiterklasse herabginge — daß die deutsche Sozialdemokratie sich täusche oder andere täusche, wenn sie das Gegentheil vertrete.“

Die Schlussfolgerung ist nicht neu aber wenig beweiskräftig. Jedoch wollen wir über die Mittel unserer Gegner im Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht streiten.

Se. Excellenz, der Herr Gouverneur. Unter dieser Signatur schreibt die „Volksztg.“:

Der Abgeordnete J. E. J. hat in der Budgetkommission die Bitte ausgesprochen, den deutschen Gouverneuren oder Landeshauptmännern im Auslande möge der Titel „Exzellenz“ erteilt werden, damit sie in dieser Beziehung den englischen Kollegen gleichgestellt seien. Herr J. E. J. ist Herrmann von Haufe aus, daher also wohl etwas westfend, sonst müsste er wissen, dass eine so wichtige Sache in Preußen nicht ohne seine gebührende Erwägung werden kann, weil man doch erst Erwägungen darüber aufstellen muss, ob die einheimischen Exzellenzen an den neuen englischen Ranggenossen nicht Anstoß nehmen. Indes ist diese Schwierigkeit nicht unüberwindlich.

Die Exzellenzwürde der englischen Gouverneure stammt aus der trübsten Zeit des englischen Kolonialreiches, wo Günstlinge des Hofes, adelige Söhne, die daheim nicht gut thun wollten, Chennänner königlicher Wairessen, deren Anwesenheit in London geniet, und ähnliche „Standespersonen“ in Gouverneurs-Uniformen gekleidet wurden. Sprühe freilich lud die englischen Kolonialbeamten nicht mehr so anständig, und der Charakter des englischen Kaufmanns bietet eine Gewähr dafür, dass durch den „Exzellenz“-Titel kein Schaden angerichtet wird. Welche Verheerungen aber in unserer Vientenants- und Messoren-Kolonien durch eine solche Neuerrung angerichtet werden könnten, das sollte Herr J. E. J. als „Schiffer“ schon so manche Verklarung vor einem preussischen Assessor im Auslande bezeugt hat, wohl wissen. Nicht einer Stärkung der Bureaokratie in den Kolonien bedürfen wir, sondern es ist dringend nötig, die Bureaokratie auf das Neueste zu begrenzen; sonst dürfte sich bald der Vorgang wiederholen, wo ein deutscher Reichsbeamter einen Kaufmann in Ostafrika disziplinieren wollte, weil dieser ihm auf der Straße die Reverenz verweigerte.

Wenn „Schiffer“ J. E. J. glaubt, dass ein Titel auf die Werthschätzung eines Mannes von bedeutendem Einfluss sei, dann möge er seine Bemühungen einem Gebiete zuwenden, das ihm näher liegt. Den Führer deutscher Handelschiffe ist der Titel „Kapitän“ amtlich vorzuziehen; sie heißen amtlich „Schiffer“, offenbar, damit eine Verwechslung mit den Kameraden von der Marine nicht möglich ist. Man sagt in Seemanns- und Handelskreisen die Sonbertitular „Schiffer“ als eine Herabsetzung des Kaufmannsstandes auf. Bei allen anderen großen seefahrenden Nationen hat der Schiffsführer den Titel „Kapitän“, der dem natürlichen Sprachgebrauch im Seeleben entspricht. Das Wort „Schiffer“ klingt dem Ausländer fremd und minderwertig. Da Herr J. E. J. schon einmal auf Titel Werth legt, so würde es verbienlich sein, wenn er den „Schiffen auf großer Fahrt den Kapitänstitel erteilen würde.“

Exzellenzen giebt's zur Genüge.

Belgien.

Vom Spitzelministerium. Die letzten Scenen in der belgischen Kammer wurden dadurch veranlasst, daß der Präsident der Kammer, der frühere Ministerpräsident Beernaert, den sozialistischen Abgeordneten Demblon beleidigte, indem er sagte, er wolle sich mit diesem Abgeordneten nicht abgeben.

Die Wuth der Sozialisten, die daraufhin losbrach, ist Demjenigen völlig verständlich, der die Spitzelgeschichte kennt, in welcher Herr Beernaert die erste Rolle gespielt hat.

Im Jahre 1886 kamen in den Industrie- und Bergwerk-Bezirken der Wallonie ernste Unruhen vor. Große Streiks brachen aus, es kam zu Straßenkrawallen, man legte sogar Feuer an und plünderte. In Jumez z. B. brannte die große Glasütte des Herrn Babouy nieder. Dann kamen die Truppen, und zu dieser Zeit verdiente sich der General van der Smiffen, der später Selbstmord verübte, seinen Blutnamen.

Damals war Beernaert Ministerpräsident. Er schickte drei Spitzel in die Reihen der Arbeiterpartei, mit Namen Laloi, André und Bourbaix. Der letztere war der Führer. Er vertheilte an die streikenden Arbeiter das Dynamit, womit diese Wohnungen von nichtstreikenden Kollegen in die Luft sprengten u. Bei der Anzündung der Glasütte in Jumez war Bourbaix selbst anwesend. Er ließ aufrührerische Schriften drucken, z. B. ließ er den Minenarbeiter Conreur ein Manifest unterzeichnen. Als er bei einem Krawalle in Cuesmes arretrirt wurde, kam aus Brüssel eine Depesche, ihn freizulassen. Für das von Bourbaix angefertigte Manifest wurden Leon Desuisseaux zu 2 1/2 und Conreur zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Der erstere hatte es gar nicht gesehen.

Bei dem Prozeß gegen Desuisseaux und Conreur brachte der Verteidiger Janton ans Licht, daß der Ministerpräsident Beernaert selber an Bourbaix seine Befehle erteilt hatte. Als man ihn aus Versehen arritrirt, fand man bei ihm eine Depesche, die lautete: „Je vous attend minuit“ (ich erwarte Sie um Mitternacht), welche Depesche von Beernaert herstammte. Bourbaix selbst, der außer pekuniärer auch moralische Belohnung verlangte, nämlich einen Orden haben wollte, was nachher ans Licht kam, erklärte vor Gericht, daß er dem Minister von dem klerikalen Senator Cornet empfohlen worden wäre.

Der Skandal war damals (Ende des Jahres 1886) so groß, daß bei einer Nachwahl in Brüssel der Verteidiger Desuisseaux mit überwältigender Majorität in die Kammer gewählt wurde, als er sich als Kandidat aufstellte, um gegen die Vorgänge in der Kammer zu protestieren. Als dann die Interpellation Janton über die Bourbaix-Affaire in der Kammer verhandelt wurde, sagte der damalige Führer der Liberalen zum Ministerpräsidenten: „Wenn wir die Mehrheit hätten, so kämen Sie vor das Schwurgericht; denn Sie gehören in's Bagno.“

Die katholische Mehrheit hielt aber ihren Ministerpräsidenten, der später wegen Differenzen mit der Mehrheit in Schutzfragen seine Entlassung nahm, und der frühere Spitzelbrigadier sagt nun zu einem sozialistischen Abgeordneten, dessen ganzes Leben ohne Flecken ist, daß er sich mit ihm nicht abgeben werde. Daß die sozialistischen Abgeordneten ihren Genossen in dieser Frage vertheidigen, wie sie gethan haben, ist gewiß nichts mehr als einfache Pflicht und Schuldigkeit.

Bulgarien.

Ueber Unruhen auf der Balkanhalbinsel laufen wieder allerlei Nachrichten ein, welche erkennen lassen, daß die Intriguen dort keineswegs aufgehört haben. So veröffentlicht die „Gazeta Wazedonij“ unter Angabe von genauen Einzelheiten eine Anzahl von Fällen, in denen unter den Augen der bulgarischen Regierung organisierte Injurgenbanden beim Ueberfall türkischen Gebietes rumänische und christliche Ortschaften ausgeraubt haben.

Amerika.

Die wirtschaftliche Lage. Das Jahr 1897 war für die Union günstig. Zurückgegangen ist die Zahl der Bankrotte, eine halbe Million mehr Arbeiter werden beschäftigt als im Vorjahre um diese Zeit, die Bewegung der Kurse ist zumeist eine steigende, die Ausfuhr ist gestiegen. Und die Industrie entfaltet sich rasch. In Japan haben amerikanische Baumwollzeuge schon das indische Fabrikat verdrängt, wie jüngst die Londoner Pall Mall Gazette zugeb. Im vorigen Jahre betrug die Ausfuhr aus diesem Geschäftszweige allein 89 Prozent mehr als 1896, und seit dem Jahre 1888 ist sie um 195 Prozent gestiegen. Das englische Blatt sieht schon die Zeit kommen, da die amerikanische Baumwoll-Industrie die indische auch aus China verdrängt.

Wie steht es aber mit den Lohnherabsetzungen in der nordamerikanischen Textilindustrie?

Auch das Vorbringen der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie steht fest; im vergangenen Jahre sind nicht nur aus England, sondern auch vom europäischen Festlande zahlreiche Ordres auf Roheisen und Fabrikate hier eingetroffen, und in hiesigen Fachkreisen will man gar schon behaupten oder doch kommen sehen, daß das Scepter, das England so lange im Eisen- und Stahlgewerbe geschwungen hat, England durch die Union entwunden werde. Für Rohmaterialien in dieser Branche ist es bezeichnend, daß soeben die Cardiff Iron Founders Company, eine englische Gesellschaft, mit John W. Miller von Pittsburg, Pennsylvanien, einen Kontrakt abgeschlossen hat, wonach letzterer nicht weniger als 4 Mill. Mesaba-Erz zum Werthe von über 26 Mill. Dollar zu liefern hat.

Japan.

Die Wahlen zum Parlament werden schon in aller nächster Zeit ausgeschrieben werden. In Folge der neuen Handels- und Schiffahrtsverträge ist nämlich die japanische Regierung genöthigt worden, eine Aenderung des Handels- und bürgerlichen Rechts einzutreten zu lassen. Das Handelsrecht ist bereits in veränderter Gestalt vom alten Reichstag genehmigt worden, und der vorige Premierminister Graf Matsukata wollte bei Beginn der letzten Tagung wenigstens auch noch die Umarbeitung des bürgerlichen Rechts vom Reichstag durchberathen und annehmen lassen, doch wurde er schon in der ersten Sitzung von allen Parteien des Hauses in so heftiger Weise bekämpft, daß er die Auflösung des Reichstags durchsetzte und dadurch den Sturz seines Kabinetts herbeiführte. Der neue Premierminister Marquis Ito wird nun, wie der hiesigen „Nippon-Korresp.“ aus Japan berichtet wird, möglichst rasch die neuen Wahlen vornehmen lassen, damit der Reichstag noch im Frühjahr zusammentreten und sogleich die Aenderung des bürgerlichen Rechts berathen und beschließen kann. Denn vom 1. Juli 1899 ab soll ganz Japan den Fremden geöffnet sein und es ist der Wunsch der japanischen Regierung, wenn irgend möglich schon ein Jahr zuvor die veränderte Rechtsordnung in Kraft treten zu lassen, damit das Volk sich auf die neuen Verhältnisse vorbereiten kann.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 27. Januar 1898.

Aus dem Reichstage. Die Verathung des Stats des Reichsamts des Innern wurde heute beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ fortgesetzt und kam über dieses Kapitel nicht hinaus. Unser Genosse Dertel, der Vertreter von Nürnberg und Nachfolger unseres unvergesslichen Grillenberger, brachte die Milzbrandvergiftungen in den Nürnberger Pinselfabriken zur Sprache. Er hielt seine Jungferrede und bewies bei dieser Gelegenheit, daß er sich auch auf dem schwierigen parlamentarischen Gebiete bald zu Hause fühlen wird. Durch seine ebenso sachgemäße wie gewandte Rede lockte er nicht nur den Direktor des Reichsgesundheitsamts, Dr. Köhler, sondern später auch den Grafen Posadowsky selbst auf den Plan. Auch der freisinnige Abgeordnete Beckh fühlte sich genüthigt, eine Lanze — natürlich für das Nürnberger Unternehmertum — zu brechen. Den Haupttheil der Sitzung füllte eine Diskussion über die Maul- und Klauenseuche in den deutschen Viehbeständen aus. Unsere Agrarier wollen aus der traurigen Thatfache des Wachens der Seuche Kapital für ihre eigene Geldtasche schlagen. Sie versuchen, die Regierung zu veranlassen, sämtliche Grenzen gegen Vieheinfuhr zu sperren, um dann konkurrenzlos die deutschen Fleischpreise recht tüchtig in die Höhe schrauben zu können. Nun sind die Fleischpreise schon gegenwärtig so hoch, daß die Arbeiter auch sehr wenig oder gar kein Fleisch essen können, daß sogar schon Angehörige des Mittelstandes ihre Fleischrationen haben kleiner machen müssen. In Königsberg in Preußen z. B. sind die Preise ganz wesentlich gestiegen, weil russische Schweine nicht über die Grenze kommen dürfen. Von unserer Seite wird deshalb beim Etat des Reichskanzlers angefragt werden, ob er nicht, um diese Kalamität zu steuern, die Einfuhr

wieder freigeben will. Genosse Haase deutete das schon in seiner Rede an, es wird dabei noch zu heftigeren Debatten kommen, als heute, wo diese agrarische Frage sozusagen unter dem Deckmantel der Wissenschaft diskutiert wurden. Den Junkern auf der Rechten kam schließlich noch der große Graf Herbert Bismarck zu Hilfe. Man weiß, wie sehr die Leute auf der Rechten und bei den Nationalliberalen der „große Sohn seines großen Vaters“ als Orakel geschätzt wird. Graf Herbert gab seine Erfahrungen aus England zum Besten und gab sich ein gar sachverständiges Air. Wenn aber seine übrigen Ausführungen so sachverständlich waren, wie die Mahnung an den Reichskanzler, doch eine Umladung des Viehes aus den russischen Wagen an der Grenze zu veranlassen, weil der Aufsteckungsstoff in den Eisenbahnwagen haften, so steht es schlimm damit. Bekanntlich haben die russischen Eisenbahnwagen eine ganz andere Spurweite wie die deutschen. Es ist schon deswegen eine Umladung nothwendig. Von der Linken wurde die Umladung einer totalen Grenzsperrung betont und auch die Regierung verhielt sich den agrarischen Wünschen gegenüber sonst ablehnend.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurden die Weinplancherrien und der Impfwang gestreift. Als Impfgegner hielt unser Genosse Reihhaus seine schon aus früheren Sessionen bekannte Rede. Die Leser wissen, daß unsere Partei in der Impffrage sehr getheilte Meinung ist. Morgen wird die Etatsberathung wieder fortgesetzt.

27. Sitzung.

Präsident v. Bousl eröffnet die Sitzung um 2 1/4 Uhr. Am Vundsrathstische: Direktor im Reichsgesundheitsamt Dr. Köhler.

Die Verathung des Stats des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel „Gesundheitsamt“ fortgesetzt.

Dertel (S.): Auf die Gefahren für die Gesundheit, denen die Arbeiter in der Woll- und Faserindustrie ausgesetzt sind, ist schon wiederholt von dieser Stelle aus, zuletzt von Grillenberger, hingewiesen worden. Die Nothwendigkeit, auf diese wichtige Angelegenheit die Aufmerksamkeit des Reichstages zu lenken, ist umso mehr vorhanden, als nun endlich die Regierung aus dem Stadium der Vorberathung in das der positiven Gestaltung getreten ist. Das Reichsamt des Innern hat auf Grund der Paragraphen 122c und 129 der Gewerbeordnung Vorschriften zur Verhütung der Ansteckungsgefahr ausarbeiten lassen. Mit der Ausarbeitung dieser Vorschriften hat man sich nicht so sehr übereilt. Seit Jahren fordern die Arbeiter, daß solche Vorsichtsmaßregeln vorgeschrieben werden. Wir gestehen zu, daß die Verhältnisse erst sorgfältig geprüft werden müßten, da die Sache nicht so einfach liegt. Andererseits ist aber doch eine derartige Verzögerung in einer Sache, wo Leben und Gesundheit von Tausenden von Arbeitern auf dem Spiele steht, auf's Allerentschiedenste zu verurtheilen. Bis jetzt sind die Vorschriften über Milzbrand vom Direktor des Reichsgesundheitsamts erst ausgearbeitet; Geheißkraft haben sie noch nicht. Von den Unternehmern der beteiligten Industrie wird eine heftige Opposition gegen diese Vorschriften gemacht. Die Arbeiter setzen dagegen in ihnen nur das Mindestmaß dessen, was zur Verhütung der Krankheiten erlassen werden muß. Von einer definitiven Vereinfachung der Vorschriften ist heute noch keine Rede; dazu müßten erst geeignete Desinfektionsverfahren erfinden werden. Nur die wichtigsten Bestimmungen können hier erörtert werden. Die Unternehmer wehren sich vor allen Dingen dagegen, daß auch das Vieghaar dem Desinfektionszwang unterworfen werden soll. Sie meinen, die Qualität desselben würde dadurch bedeutend beeinträchtigt und Erkrankungen durch Vieghaar kämen nicht vor. Einen Beweis dafür diese Behauptungen erbringen sie nicht; dagegen ist amtlich konstatiert, daß das Material keine Beeinträchtigung erfährt. Die Arbeiter verlangen ferner, daß nicht nur das aus dem Auslande kommende, sondern alles Material der Desinfektion unterworfen werden soll. Sie kommen aber den Unternehmern zu weit entgegen, daß sie diese nur insoweit allgemein durchgeföhrt wissen wollen, als eine Schädigung des Materials nicht eintritt. Die Desinfektion durch mehrflüssiges Kochen, die das Reichsgesundheitsamt auch vorgeschlägt, tödtet die Milzbrandsporen und Bazillen nicht, wie wissenschaftlich festgestellt ist. Außerdem würden sich die Unternehmer auf diesen Art beschränken und so die ganze Absicht der Vorschriften verhin dern. Der betreffende Passus müßte vielmehr so lauten: Es dürfen nur solche Desinfektionsverfahren zur Auswahl zugelassen werden, die auch vom Reichsgesundheitsamt als ausreichend erachtet worden sind. Die Unternehmer wehren sich auch gegen die Vorschrift, daß nur volljährige Arbeiter zur Bearbeitung der Materialien verwendet werden dürfen, weil der Betrieb dann irrationnel sein würde. Die Löhne in der Pinselfabrik sind ohnehin so niedrig, daß diese Einschränkung gar nicht in Betracht kommen kann. Wenn aber diese Bestimmungen erst im Jahre 1908 in Kraft treten sollen, so hat das Unternehmertum noch lange Zeit bis es solche Behinderungen erfahren wird. Selbsthaten Unwillen der Unternehmer erregt ferner die Bestimmung, daß in den Arbeitsräumen jährlich ein neuer Kalkanzrich vorgenommen werden soll. Als Grund geben sie diesmal sogar an, daß dann die Arbeiter durch die nothwendigen Feiertage einen Lohnausfall haben würden. Dabei zwingen sie sie aber bei patriotischen Festen ohne Weiteres, wieder ihren Willen zu feiern. Die Arbeiter haben das Unternehmertum hierbei vollständig beschämt. Sie erklärten in einer Verammlung, daß sie gern bereit seien, im Interesse der von den Unternehmern so sehr geschätzten Kalkanzrich den Lohnausfall selbst zu tragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach den Vorschriften soll ferner wöchentlich einmal das Material gereinigt werden. Die Nachgiebigkeit der Arbeiter welche sich darauf beschränken, zu fordern, daß dies möglichst oft mindestens aber monatlich zweimal geschehen soll, kann man durchaus nicht gefallen; ich zöge den Vorschriften des Reichsgesundheitsamtes vor. Auch in allen anderen Vorschriften kommen die Arbeiter den Unternehmern soweit als möglich entgegen. Die vorgeschlagenen Bestimmungen halten sich jedenfalls in den beschriebenen Grenzen. Wenn das Wort Arbeiterstimmung nicht nur eine leere Phrase bleiben soll, so ist es Aufgabe der Regierung, ihn so bald als möglich durchzuführen. Ich richte an die Regierung die Anfrag ob der Einfluß des Unternehmertums so weit geht, daß es auf diese Minimalforderungen, dieses Uinsengericht von Arbeiterstimmung verhindern kann. In Nürnberg sind einige Tausend Arbeiter dieser Industrie beschäftigt, jährlich wird für 5 Millionen Waaproduziert, und die Hauptgegnerin der Vorschriften ist eine dortige Aktiengesellschaft, die im letzten Jahre trotz erheblicher Abschreibungen 10 pCt. Dividende hat verteilen können. Soweit geht die unerfällliche Proffigkeit, daß man lieber das Leben und die Gesundheit von Hunderten von Arbeitern auf's Spiel setzt, als sich solche minimale Beschränkungen gefallen zu lassen. Das Reichsgesundheitsamt sollte auch direkt darauf hinwirken, daß ein genügendes Desinfektionsverfahren erfunden wird. Auch in dieser Hinsicht haben die Arbeiter die oberste Gesundheitsbehörde beschämt. Sie haben selber Versuche angestellt und vorgeschlagen, ein Preisauschreib für das beste Verfahren, die Milzbrandsporen vollständig tödten, zu veranstalten und sich bereit erklärt, einen gut

Teil der Kosten zu tragen. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Das Reichsgesundheitsamt und die Unternehmer haben diesen Vorschlag aber achlos bei Seite geschoben. Wir haben das Reichsgesundheitsamt sogar direkt auf ein neues Verfahren aufmerksam gemacht, ohne das leiseste Wohlgefallen damit zu erzeigen. Auch jetzt wieder werden neue Ergebnisse bekannt gemacht. Ich frage das Reichsgesundheitsamt, ob darüber schon Erkundigungen eingezogen sind. Ferner mache ich die Vertreter desselben darauf aufmerksam, daß in Nürnberg die Heimarbeit in den letzten Jahren bedeutend zugenommen hat. In Folge der schlechten Löhne sind die Arbeiter gezwungen, Arbeit mit in die Wohnung zu nehmen. Da sie sich nicht den Luxus einer Wohnung mit 3, 4 Kammern gestatten können, so arbeiten, wohnen und schlafen alle Familienmitglieder in einem und demselben Raum. Durch das mitgebrachte Material wird aber die Gefahr hervorgerufen, daß nicht bloß die Arbeiter selbst, sondern auch die Familienangehörigen, sowie alle Vertheiligten infiziert werden. Die Frage ist gewiß nicht leicht zu lösen, aber das Reichsgesundheitsamt müßte sie unbedingt mit in Erwägung ziehen. Es sind Fälle von Milzbrandkrankungen bekannt geworden, in denen die behandelnden Aerzte gar nicht wußten, daß es sich um Milzbrand handle, und die Patienten auf Ungekochte Milch hin behandelt haben, bis dann erst die Section den Milzbrand konstatierte. Es ist auch durchaus notwendig, daß die Maßregeln sich auch auf andere Industrieerzweigungen, auf die Wollfabriken, Wollspinnereien u. s. w. ausdehnen. Ich möchte das Reichsgesundheitsamt fragen, ob auch nach dieser Richtung etwas geschehen ist, da doch nachgewiesenermaßen auch in diesen Betrieben Milzbrand-erkrankungen vorgekommen sind. Wir haben alles Interesse daran, daß solche ungesunder schädlichen Krankheiten von der Arbeiterschaft ferngehalten werden. Es ist Aufgabe des Reichsgesundheitsamtes, grade hier mit größter Umsicht und größerer Energie gegen die Unternehmer zu verfahren, damit endlich einmal die Vorschriften Gesetzeskraft erlangen und nicht durch die willkürliche Handhabung der Unternehmer ihres eigentlichen Nutzens beraubt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsgesundheitsamt Dr. Köhler: Ich kann versichern, daß die Regierung stets dieser Sache in einer angemessenen und beschleunigten Weise näher zu treten sucht. Seit über 10 Jahren schweben wir bereits (Heiterkeit) und haben etwas Bestimmtes doch nicht erreichen können. Wir haben als Termin übrigens nicht 1908 in Aussicht genommen, sondern ein früheres Jahr. Jedenfalls wird die Regierung, wenn sie Verhandlungen in dieser Sache einleitet, die Arbeitnehmer nicht übergehen.

Bedl (Fp.): Die Nürnberger Arbeitgeber haben sich redlich Mühe gegeben, dem Uebelstande abzuhelfen. Niemand ist daran schuld, daß kein Resultat erzielt ist. Das Reichsgesundheitsamt mit den Unternehmern im Bunde stehen, ist durchaus unrichtig; durch derartige Anstrebungen führt man nur das in Nürnberg noch bestehende gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Abg. Kettich (kons.) weist auf die Zunahme der Maul- und Klauenseuche hin und empfiehlt Grenzsperrung. Dem jetzigen Zustande sei eine Quarantäne auch vorzuziehen, die im Uebrigen nicht viel nütze.

Abg. Wlos (Soz.) wünscht Maßregeln gegen die Verunreinigung der Oden durch die Zuckerraffinerien. Die braunschweigischen Behörden thun, was sie können, aber einige Fabriken liegen in Preußen, da können sie nichts machen; da müßte das Reichsgesundheitsamt einschreiten.

Direktor im Reichsgesundheitsamt Dr. Köhler: Die Verhältnisse im Nordharz sind schwierig. Die preussische und braunschweigische Regierung haben Ursache zu gegenseitiger Beschwerde. Das Gesundheitsamt wird sich gern an der Lösung der Schwierigkeiten betheiligen. Ich bitte den Herrn Vorredner, sich an die braunschweigische Regierung mit der Bitte zu wenden, daß sie den Herrn Reichsanwalt ersucht, sich mit dem Reichsgesundheitsamt in Verbindung zu setzen.

Abg. Graf zu Zinn und Knyphausen (kons.) fordert die völlige Sperrung der Grenzen für Vieh aller Art. Die bisherigen Maßnahmen hätten gar nichts genützt.

Direktor Dr. Köhler erwidert, die Maul- und Klauenseuche haben jetzt anscheinend den Höhepunkt überschritten. Das Amt suche nach wie vor nach einem wirksamen Mittel dagegen. Die Sperrung der russischen Grenze für Schweine und das neuerliche Verbot der Einfuhr von Vieh aus Schweden und Norwegen zeige, daß die Regierung auch vor einschneidenden Maßregeln nicht zurückschrecke.

Dr. Langerhans (Freis. Volksp.): Alle Absperrungsmaßregeln haben sich bisher als nutzlos erwiesen. Sie können nur dazu führen, daß auch das Ausland seine Grenzen sperrt.

Dr. Hise (L.): Meine Freunde sind bereit, für alle wirksamen Mittel gegen die Seuche zu stimmen. Zu der Verbreitung im Inlande trägt der Händelhandel viel bei, der deshalb unter Kontrolle zu stellen ist.

Graf von Arnim (Reichspartei) tritt für strenge Grenzsperrung ein.

Graf Stolberg (K.) fordert noch weitere Herabsetzung des Einfuhrkontingents für nach Oberschlesien einzuführende Schweine. Die heimische Schweinezucht könne den Fleischbedarf des dortigen Industriebezirks decken.

Auf eine Anfrage des Redners erwidert **Direktor Köhler**, daß die Grenzsperrung in England in der Art durchgeführt worden sei, daß man alles eingeführte Vieh gegen volle Entschädigung abgeschlachtet habe.

Dr. Kruse verlangt die völlige Sperrung der holländischen Grenze.

Dr. Haase (Soz.): Wir sind auch dafür, daß das Reichsgesundheitsamt Alles zur Erforschung der Seuche thut, eine Absperrung der Grenze halten wir für nutzlos. In den Grenzbezirken ist die Seuche auch lange nicht so stark, wie in weitaus von der Grenze liegenden Bezirken. Wo die Grundbesitzer das Vieh sauber halten, kommt die Seuche weniger oft vor, als da, wo die Besitzer das Vieh in der Jauche stehen lassen. (Widerpruch rechts.) Wir werden Veranlassung nehmen, im Laufe der Etatsberatung den Reichsanwalt zu fragen, ob demnächst nicht die russische Grenze für die Schweineinfuhr geöffnet werden kann. Es ist inkonsequent, Sperren nach dem Auslande zu verlangen, gleichzeitig aber für Aufhebung der Sperren im Inlande einzutreten.

Dr. Langerhans (Freis. Volksp.): Der Herd der Seuche ist gewöhnlich das Inland, da die Bauern die Erkrankung des Viehs verheimlichen. An der Grenze soll man zwar auch vorsichtig sein, aber eine völlige Sperrung empfiehlt sich nicht.

v. Kardorff (Fp.) meint, daß strenge Grenzsperrung u. strenge Kontrolle im Inlande nöthig ist.

Dr. Paasche (M.) empfiehlt eine recht hohe Prämie für die erste Anzeige einer Seuche im Dorfe.

Graf v. Bismarck-Schönhausen (Fp.) bittet die Regierung die englische Seuchen-Gesetzgebung nachzuahmen und sämtliche Grenzen zu sperren.

Dr. Müller-Sagan (Fp.) weist darauf hin, daß eine gänzliche Absperrung schon wegen des Schmuggels nicht möglich ist. England hat den großen Vortheil, überall von Wasser umgeben zu sein.

Wurm (Soz.): Wenn die Absperrung etwas helfen würde, so würde ich unbedingt für sie eintreten. Aber die Wissenschaft hat grade bewiesen, daß die Absperrungsmaßregeln in wirklich freier Weise nicht durchführbar sind. Die Batterien machen selbst vor anders angeordneten Grenzsperrungen nicht Halt. Es giebt nur ein wirklich wirksames Mittel: obligatorische Viehversicherung durch das Reich mit voller Entschädigung für erkranktes Vieh. Die kleinen Besitzer halten sonst wegen des drohenden Verlustes eine Erkrankung geheim. Eine Kontrolle durch den Gensdarm, der Alles kennen soll, heute eine politische Versammlung überwachen

und morgen eine wissenschaftliche Diagnose stellen, ist nicht ausreichend; dazu braucht man Sachverständige. Es muß in jedem Falle festgestellt werden, wie die Ställe sind, wie das Futter gewesen. Eine objektive Statistik, nicht eine von interessirter Seite, könnte hier viel nützen. (Beifall.)

Preis (Fp.) wünscht strengere Maßregeln gegen Weinverfälschungen. Man solle diese einfach unter das neue Nahrungs-mittel-Gesetz stellen. Ferner ist auch das Verbot des Bäder-zusatzes zu den Naturweinen und des Verkaufs von Kunstweinen zu empfehlen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Schwierigkeit des Kampfes gegen die Weinverfälschung liegt in der nicht genügenden chemischen Analyse. Zur Durchführung der Maßregeln, wie der Vorredner sie wünscht, würde eine Kontrolle nöthig sein, die allgemeine Enttäuschung hervorgerufen würde; sie würde von der Weige bis zum Grade des Weines sich erstrecken müssen. (Beifall.) Die allergefährlichsten Weinverfälscher sind aber oft die Winger selbst. Schließlich ist die Grenze zwischen Kunst- und Naturweinen sehr schwer zu finden.

Reichhaus (Soz.): 1896 ist eine Kommission in Sachen des Impfwanges eingerichtet worden, in der Anhänger und Gegner zu Worte kommen sollten. Die dort gefasste Resolution hat in ihrem zweiten Theile die Zustimmung des Bundesrathes nicht gefunden. Es ist vielmehr vorgeschlagen, eine neue Kommission zu bilden, der die Sache zur nochmaligen Prüfung überwiesen werden soll. Ich frage nun den Vertreter des Gesundheitsamtes, ob auch die Impfwanggegner, die den Köhlerglauben (Anspielung auf Dr. Köhler) nicht theilen, dort zu Worte kommen werden. Da die Zahl der Impfwanggegner zunimmt, ist es möglich, daß die Frage auch bei den kommenden Wahlen eine Rolle spielt.

Staatssekretär Graf Posadowsky: In die Kommission werden auch Impfwanggegner kommen. Aber die deutsche Regierung hält wie die anderen Staaten am Impfwange fest.

Dr. Kruse (M.) ist Freund des Impfwanges und fragt nach den Ergebnissen der Konferenz über das Apothekenwesen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Ergebnisse haben zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes geführt, der jetzt aber noch nicht fertig ist.

Derteil (Soz.) fragt den Direktor des Gesundheitsamtes noch einmal, wann die Vorschriften über die Wärfen- und Wärfenindustrie in Kraft treten werden. Die Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht nur in der Phantasie des Herrn Bedl.

Staatssekretär Graf Posadowsky stellt sachlich ganz auf den Standpunkt des Vorredners. In die Konferenz dieses Jahres werden auch Arbeiter berufen werden, und die Angelegenheit soll möglichst beschleunigt werden.

Bedl (Fp.) weist auf die gemeinsamen Konferenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hin. Es muß doch also eine Harmonie zwischen ihnen bestehen.

Reichhaus (Soz.) spricht die Hoffnung aus, daß die Impfkommission die Gegner des Impfwanges nicht so kurzer Hand abthun werde.

Die Diskussion wird geschlossen, das Kapitel bewilligt.

Der Antrag **Müller-Sagan (Fp.)** auf Bewilligung von 30000 Mk. zur Errichtung einer biologischen Versuchsanstalt wird mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung.

Schluss 6 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

29. Januar.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von **A. Deppert**, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübecks die Sperre verhängt.

Das Streikomitee.

S. A.:

R. Schenk, Lederstraße.

Die Militäranwärterfrage wurde am Montag in unserer Bürgerschaft ventilirt. Bekanntlich soll bei der Gerichts- und Kontrolgeschäfts gleichzeitig zu erledigen haben wird. Dies gab Herrn **Hempel** Veranlassung, in zahnloser Weise gegen das Ueberwuchern des Militarismus in den Verwaltungen Stellung zu nehmen. In anderen Parlamenten hat man sich der Sache schon etwas energischer angenommen und ist dem Militäranwärterwesen sehr scharf zu Leibe gegangen, so in letzter Zeit noch wieder im hessischen Landtage. Eine so resolute Sprache kennt man unter Lübecks Volksvertretern man- als Anwesenheit von Sozialdemokraten allerdings nicht. Dabei läßt sich garricht leugnen, daß die Verpflichtung der Einzelstaaten des deutschen Reiches, gewisse Stellen mit gewissen Qualifikationen an Militäranwärter zu überweisen, zu ganz unleidlichen Verhältnissen in den Verwaltungen geführt hat und bei dem wachsenden Umfange des Heeres noch mehr führen wird. Man behauptet durchaus nicht zuviel, wenn man sagt, daß dieser Zwang in manchen Fällen ein geradezu unerträglich ist. Der Militäranwärter, der da „tren gebient hat seine Zeit“, um dann bei irgend einer Behörde einzutreten, hat sich ja in der Regel gewisse Fertigkeiten angeeignet: eine leserliche Handschrift, einigermaßen korrektes Bureaudeutsch, gewisse rechnerische Fähigkeiten und vieleicht auch einige Registratorerfahrung. Nun läßt sich ja, wie wir aus eigener Erfahrung bestätigen müssen, garricht bestreiten, daß unter ihnen ab und zu ein ganz tüchtiger, gewandter und brauchbarer Kerl ist, der voll auf seinen Mann steht. Ebenso wenig läßt sich leugnen, — und das werden alle Eingeweihten zugeben — daß ein sehr hoher Prozentsatz doch nur Beamte von recht mittelmäßiger Verwendbarkeit abgiebt, und zwar aus ganz einfachen Gründen: Die Leute sind zunächst viel zu lange dem bürgerlichen, praktischen Leben entzogen. Ihnen fehlt absolut das gesunde und richtige Urtheil in Dingen, die mit letzterem im Zusammenhange stehen. Ersetzt wird dieses bedauerliche Manko aber durchweg durch ein oft erstaunlich großes Maß von Selbstbewußtsein, welches ein unverwundbares Ueberbleibsel der verflochtenen Unteroffiziers- oder Feldwebelsautorität ist. Wie der Chargirte in der Kaserne unfehlbar war dem Untergebenen gegenüber, so tritt er auch später im Beamtenberufe vielfach mit dem Air des Unfehlbaren auf. Der militärisch vorgebildete Beamte ist auf hundert Schritte schon von seinen Kollegen zu unterscheiden, welcher jene Schale nicht durchgemacht hat. Und gar erst im direkten geschäftlichen Verkehr! Wer hätte nicht schon bei irgend einer Gelegenheit diesen

Unterschied selbst kennen gelernt. Mit verschwindenden Ausnahmen erblickt der ehemalige Rekrutenbildner in dem Bürger den Zivilisten, auf den er einst im bunten Rock mit Ueberlegenheit herabschaute, den er nicht so recht für voll ansehen kann. Schon der Ton, den er anschlägt, läßt es erkennen. Nicht daß er gerade grob wäre! Das sind Ausnahmen — allerdings nicht gerade sehr seltene! Aber fast nie wird man aus ihm das Gefühl heraus-hören, daß der Beamte in erster Linie ein Diener des Staates, der Gesamtheit ist. Immer wird die Unnahbarkeit und kriegsgesellschaft approbirte Unverletzlichkeit des Bestrengens sich bald mehr bald minder bemerkbar machen, von welcher der beschränkte Unterthanen-verstand nur einfach „Nicht euch!“ zu machen hat. Daher auch die in fast allen Kreisen der Bevölkerung vorhandene Abneigung gegen den Verkehr mit dieser Beamten-Kategorie, eine Abneigung, die zwar nicht un begründet ist, an der die Beamten aber durchweg unschuldig sind. Denn aus ihrer Haut können sie auch nicht heraus. Wer einmal elf, zwölf Jahre lang tagtäglich zum Kommandiren, Tadeln und Schelten angehalten war, der findet sich in die konsilianteren Formen des Verkehrs schwer wieder hinein. Und zu einer Zeit, wo bürgerliche Geschäftsleute den Reserveoffiziersstand über den Berufstitel setzen, fehlt auch der moralische Druck, das Gegen-gewicht eines kraftvoll selbstbewußten Bürgerthums, welches einen abschleifenden Einfluß ausüben könnte. Das wäre die Schattenseite, welche das Militäranwärterwesen für das große Publikum aufweist. Ein weiterer Uebelstand macht sich bei der internen amüthlichen Thätigkeit der Leute bemerkbar. Es ist eine alte Leier, daß über das über-flüssige Schreibwerk bei den Behörden geklagt wird. Ja, das ist nicht zum wenigsten eine Folge des Militär-anwärterwesens. Der Mann, welcher gewohnt ist, jeden Schmutzflack an der Garnitur des Rekruten pflichtschuldigst und hochnothwendig zu Buch zu nehmen, der über jeden nicht in goldbigstem Glanze strahlenden „Knopp“ Proto-tollbuch führt, der findet sich vorzüglich in den zopfigen Curialstil hinein, den ein praktisch gebildeter Beamten-stamm längst begraben haben würde, der fühlt sich wohl und heimisch in all dem Drum und Dran, in all den Schindeln und Devotionsstrichen einer verknöcherten Bureaokratie, die ihm den Drill und die Instruktionstunde ersehen, der bringt es auch fertig, — und daran frantke der Geschäfts-gang bei manchen Behörden — das Aeußerlich-Formelle, die Silbenzählerei und Zeilenmesserei über den geschäftlich bedeutsamen Kern der Dinge zu setzen. Nirgends ist das so drastisch zu Tage getreten, wie bei den Verstaatlichungen der Privatbahnen, wo die von der Pike auf eingelernten Leuten mit den altpreussisch-bureaokratisch dressirten Beamten und den neuereitenden Böglingen des Mars zusammengewürfelt wurden. Possirlich und Mitleid erweckend zugleich war es anzuschauen, wie die an kurzes und praktisches, vom Nebenächlichem absehenden Handels gewöhnten Privatbahner sich abmühten, um sich in die formalistische Zwangsjacke einzuklemmen, sich durch den bergehohen Wust hochunverständlicher Instruktionen durchzuwühlen, sich zu gewöhnen an das mechanische „Nicht Euch!“ Gerade in denjenigen Verwaltungen, die, wie die Bahnen, bestimmt sind, Profit abzuwerfen, ist das militärische Element am allerwenigsten am Platze. Hinzukommt, daß eine Rivalität zwischen Militär- und Zivilanwärttern natürlich unausbleiblich ist, daß die Zivil-anwärter, die zweifelsohne an Frigilität und Sachkenntniß ihren Kollegen vom Militär überlegen sind, mit einer gewissen Erbitterung dem stärker werdenden Wettbewerb zusehen und innerlich sich benachtheiligt fühlen durch die Bevorzugung des militärischen Elementes. Sie schweigen natürlich, wie das „Beamtenpflicht“, wer aber Gelegenheit hatte, einen Einblick in die Verhältnisse zu gewinnen, der wird wissen, wie wenig von dem äußerlich anscheinend vorhandenen guten Einvernehmen in Wirklichkeit existirt, — zum Nachtheil des Staates dem nichts gedeihlicher ist als eine gleichwerthige und harmonisirende Beamten-schaft. Dies in kurzen Zügen die Grundlage der Frage. Verschwinden wird sie im Klassen- und Militärstaate nicht, sie ist ein Erzeugniß desselben und wird ihn beschäftigen bis an sein seliges Ende. Denn der Verpflichtung, für Diejenigen zu sorgen, die er für seine Zwecke brauchte und einseitig ausbildete, kann er sich naturgemäß nicht entziehen. Die gelegentlichen Lamentationen bürgerlicher Kreise über diesen Zustand sind nichts als ein Sturm im Wasserglase.

Die Speisekarte des Rathswein-Kellers am Donnerstag

Abend lautete:
Suppe nach Königin Louise. — Engl. Hammelrücken.
Provencalische Tunte. — Rheinsachs mit Schaumtunke. —
Pafete nach Michelien. — Chaud-froid von Rebhuhn. —
Korkehen und Spargelspitzen in Körbchen. — Butter gefüllt mit
Kastanien. — Salat und Eingemachtes. — Stanley-Bombe. —
Käse, Butter und Käseflaugen. — Englische Sellerie. —
Früchte.

Die des Kasino:
Suppe nach Peter der Große — Rindfleisch mit köstlicher
Umlage. — Lachsgräten, grillirt, Feinschmeder-Sauce. —
Rehrücken nach Brillat Savarin. — Bombe von Sauertraut
mit gebadenen Kastern. — Straßburger Gänseleberpaste. —
Fasanen. Compot. Salat. — Ananas-Eis. — Käse. Butter.
Käseflaugen. — Früchte.

Wir sind überzeugt, daß die Mehrzahl unserer Leser
ebenso wie wir die meisten dieser Leckerbissen nicht einmal
dem Namen nach kennt.

Vom Submissionswesen. Um die Lieferung der
Tischlerarbeiten für die Schule in der Glockengießstraße
hatten sich neun Meißer beworben. Es forderten
W. Senff 4092,40 Mk., **Thießen 4918 Mk.**, **Wängler**
u. Schwarz 5224 Mk., **Welcher 5340 Mk.**, **Geiselsbrecht**
5442 Mk., **J. Wängler 5538 Mk.**, **Wiese 5920 Mk.**,
Willert 6068 Mk. und **Mühlke 6299 Mk.** Die
Herrn Tischlermeister und das Publikum sehen einmal

wieder, wie notwendig es ist, daß die maschinenmäßigen Betriebe 10 Stunden arbeiten lassen, um gegen die Handbetriebe, welche 9 1/2 stündige Arbeitszeit haben, konkurrenzfähig zu bleiben. Besser kann das garnicht illustriert werden.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen eine Arbeiterin, welche ein Kissen gestohlen und versteckt haben soll. — Gestohlen wurde einem Bierführer in der Braeckborfer Allee eine Bettiche. — Der Unterschlagung wird ein Händler bezichtigt.

Zeichen der Zeit. In Haft wegen Bettelns resp. in Schutzhaft wegen Obdachlosigkeit gerieten 18 Personen.

Stadttheater. Die lustige Gesangsposse „Robert und Bertram“ mit den Herren Kunze und Thies in den Rollen

her Wagnarben geht morgen, Sonntag, Nachmittags 4 Uhr als Fremdenvorstellung bei halben Preisen in Szene. Abends 7 Uhr wird Meyerbeer's große Oper „Prophet“ in der bekannten vorzüglichen Besetzung gegeben. Herr Kapellmeister von Strauß nimmt nach seiner Erlaubung mit dieser Oper seine Thätigkeit wieder auf. — Am Montag findet die Premiere der Wildenbruchs'schen Tragödie „König Heinrich“ statt. Diese interessante Neuheit ist überall von dem größten Erfolge begleitet und dürfte auch hier ähnlichen Beifall und vielfache Wiederholungen erzielen. Dienstag wird „Urbine“ gegeben.

Wilhelmtheater. Auf die morgen Sonntag, Abends 7 1/2 Uhr, stattfindende Aufführung der drastischen Schwank-Neuheit „Pan's Hudelein“, dargestellt von dem Stadttheater-Ensemble, sei an dieser Stelle nochmals hingewiesen.

Briefkasten.

V. Schwarz, Tour überflüssig. K.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein: 1000 M.
Von Jürgen Wulkenweber
Das Wahlkomitee: J. v. B. Essinger.
Johannisstraße 50.

Streuhaus-Viehmarkt.

Hamburg, 28 Januar

Der Schweinehandel verlief gut.
Schweine: 860 Stück. Preise: 57-58 M. für 50-54 M. und 57-58 M. für 57-58 M. für 57-58 M.

See-Berichte.

D. „Vore“, Kapl. Deslow, ist am 28. Januar von Rastow nach hier abgegangen.
D. „Jar“, Kapl. Esser, ist am 27. Januar in Wismar angekommen.

Durch die glückliche Geburt eines Mädchens wurden hoch erfreut
Wilhelm Leppla und Frau,
geb. Schilling.

Herzlichen Glückwunsch! dem Diamantenpaar J. H. zu Dassel. F. Krause.

Gesucht ein Hofgänger
der Lust hat, auf dem Lande zu dienen.
Näheres Mittelstraße 6.

Zu verkaufen zwei guterh. Fahrräder
W. Schnell, Maurer, Krempefeldstr.

Zu verkaufen ein kleines Haus
in gutem Zustande, enthaltend 4 Zimmer, Küche, Boden, Keller. Näheres in der Exped. d. Bl.

Zu verkaufen eine fast neue Singer-Nagelschiffchen-Nähmaschine für die Hälfte des Anschaffungswertes. Balanierstr. 18/19.

Zu verkaufen ein moderner guterhalt. Kinderwagen
C. Keil Wwe., Schwarzw. Am Markt.

Abhanden gekommen 1 schwarzes Huhn
Der Wiederbringer erhält eine Belohnung.
Lauerhofstraße 2

Zu verk. eine Waschballe u. Bettfedern
Friedenstraße 15.

Sonntag steht eine große Partee Ferkel zum Verkauf in **Schröder's Gasthof, Schwarzw.**

A. Will, Schuhmacher
Bücherstrasse 18, part.
empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.
Sofortige Bedienung. Solide Preise.

Margarine

welche der feinsten Meierei- und Baner-Butter gleich kommt, ist stets in schöner frischer Qualität zum Preise von 50, 60 u. 65 Pfg. bei mir im separaten Laden, (Eing. links), wo auch der Verkauf von diversen

Fleisch- u. Wurstwaren

statthaltet, zu haben.
Ein Probe-Versuch wird Obiges bestätigen.

Ferd. Schreiber

20 Langer Lohberg 20.

Margarine

45, 50, 55 und 60 Pfg. per Pfund.
August Holst, Holstenstr. 6.
Feinste Meiereibutter Pfd. 1 Mk.
Feinste Margarine Pfd. 60 Pfg.
Feinstes Schmalz Pfd. 40 Pfg.
Parthie gebr. Kaffee Pfd. 80 Pfg.
Dankwartstraße 37. Johs. Breede.

Leberwurst

nur 45 Pfg. per Pfund.
Aug. Holst, Holstenstr. 6.

Kalb- u. Rindfleisch Pfd. 30 Pfg.

empfehlen
H. Wilms, Hakeburger Allee 25.

ff. frische Leberwurst

ff. Braunschweiger Wurst
ff. gekochte Mettwurst
sowie alle anderen Wurstsorten empfiehlt
H. Hellmann, Güterdamm 10.

Frische Knackwurst

heute Sonntagabend Abend von 5 Uhr an:
sowie täglich
Frische Bierwurst
empfehlen

Joach. Schmidt,

Inh. Heiner. Schmidt, Hügelstraße 43.

Louis Grand

Breitestraße 65. Breitestraße 65.
Schluss des Total-Ausverkaufs am 31. März.

Meine noch bedeutenden Waarenbestände sollen bis zum **31. März** vollständig geräumt werden, weshalb ich zu äußerst billigen Preisen verkaufe.

Reste und einzelne Roben fabelhaft billig.

Schluss endgültig am 31. März.

Ausverkauf
bis zum 10. Februar aller zurückgesetzten
Schuhe und Stiefel.

Damen-Knopfstiefel von 39-42, sonst 8 Mk., jetzt 4,50 Mk.
Feine Damen-Stiefelchen von 35-38, sonst 6-8 Mk., jetzt 3,80 Mk.
Starke Damen-Bromenaden-Schuhe (Nachblatt) von 36-39 3 Mk.
do. Damen-Hofleder-Schuhstiefel von 36-42 nur 2,50 Mk.
Herren-, Damen- und Kinder-Morgenschuhe (Ledersohle).
Mk. 2 1,25 50-90 Pfg.
Einen großen Posten Ballstiefel von 35-42 von 1,75 Mk. an.

A. Drenske Nachf.,
Johannisstraße 9.

Hansa-Halle. Sonntag den 30. Januar: Freier Eintritt. Familien-Kränzchen. Freier Tanz.

Achtung!
Extra ff. Meiereibutter
Pfund 1,05 Mark.
Allerfeinstes Schmalz
Pfund 40 Pfg.
Allerfeinste Margarine
Pfund 60 Pfg.
Feinste Margarine
Pfund 50 Pfg.
Käse-, Fleisch- u. Wurstwaren
in feinsten Qualität zu äußerst billigen Preisen empfiehlt
Edward Jacobsen
Colonialwaren, Delikatessen,
Weine u. Spirituosen.
Moisl. Allee 16, Ecke Karpenstr.

Tonhalle.
Sonntag den 30. Januar 1898:
Große Tanz-Musik.
F. Holst.

Busch's Bier-Convent.
Heute:
Grosses Bockbierfest.
Bockbierorden gratis.

Wilhelm-Theater.
Sonntag den 30. Januar:
Auf vielfachen Wunsch
Hans Huckebein
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf bei Herrn Cowalsky, Sandstr.

Beifall!! Erfolg!!
Circus Variété
Die letzten 2 Sonntagsvorstellungen
am 4 und 7 1/2 Uhr.
Nachmittags: Kinder-Fremden- u. Jubel-Vorstellung.
Ermäßigte Preise. Arkomisches Programm.
Abends 7 1/2 Uhr:
Karade-Gala-Vorstellung
der so vorzüglichen Artistenschaar.
Bereinsbilletts 1. Platz haben Gültigkeit.
Montag den 31. Januar:
Abschieds-Benefiz-Vorstellung
des gesammten Künstlerpersonals
mit neuen Programm-Einlagen.
Jubel! Jubel!
Letzte Vorstell. des 8. Spielplans.

Stadt-Theater.
Sonntag: Nachm. 4 Uhr: Fremden-Vorstellung bei halben Preisen.

Robert und Bertram.
Abends 7 Uhr: 81. Ab-Vorstell. 3 Abth. Gelf.

Der Prophet.
Montag: 82. Abonnem.-Vorst. 4. Abth. Noth. Zum 1. Male. Neuheit! Opernrevue.

König Heinrich.
Tragödie in 4 Akten und 1 Vorspiel von E. v. Wildenbruch.
In Scene gelebt von Direktor Erdmann.

Speise-Halle „Ganja“, Mengstraße 24.
Heute Sonntag: Frische Suppe mit dickem Reis, Ochsenfleisch, Kartoffeln, Sauce, Birnencompot.
Morgen Montag: Erbsensuppe, Schweinefleisch, Kartoffeln, Sauce, Rotkohl.
Mittagessen von 12-2 Uhr.

Die Profitrate der Unternehmer.

Zur Zeit, als die Bismarck'sche „Sozialreform“ im Gange war, da konnte man unsere Industriellen alle Tage heulen und wehklagen hören, sie seien dem Auslande gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig, weil die Arbeiterbeschützungsgebung und die Arbeiterversicherung ihnen zu viele Lasten auferlege. Das hat indessen nicht gehindert, daß die deutsche Industrie der englischen und französischen ungemein viel Boden abgewonnen hat, was bekanntlich sowohl in Frankreich als in England mit schmerzlichen Gefühlen zugestanden wird. Diese handelspolitische Wandlung mag ihr Theil zu der Verstimmung zwischen den herrschenden Klassen Englands und Deutschlands beigetragen haben, wenn man die Verstimmung auch bei England begründeter findet, denn England ist immer noch der beste Abnehmer für den deutschen Export.

Neuerdings ist es bei Industriellen wie bei Agrariern zu einer stehenden Redensart geworden, an dem Rückgang des englischen Handels seien die englischen Arbeiter schuld mit ihrem Klassenkampf, mit ihren gewaltigen Organisationen und mit den Zugeständnissen, die sie auf dem Boden völliger Koalitionsfreiheit den Unternehmern in Bezug auf Löhne und Arbeitszeit abgetrotzt hätten.

Wenn dem so wäre, so müßten die Industriellen und Kaufleute Deutschlands den englischen Arbeitern eigentlich dankbar sein dafür, daß sie dem deutschen Handel so große Vortheile verschafft haben.

Aber darum handelt es sich dabei gar nicht, sondern man will durch den Hinweis auf den Rückgang des englischen Handels den deutschen Kaufmann geneigt machen für die Pläne des Herrn Posadowsky in Bezug auf die Einschränkung der Koalitionsfreiheit.

Wenn die deutschen Arbeiter in die Lage kommen, den Unternehmern Zugeständnissen abzutrotzen wie den englischen, dann — so argumentirt man weiter — wird der Handel Deutschlands gleichfalls zurückgehen. Darum verlangen gewisse Unternehmer von Herrn v. Posadowsky, er solle dafür sorgen, daß der deutschen Arbeiterschaft die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Was die Industriellen und Agrarier sagen, das ist genau so haltlos, wie die Behauptung, die deutsche Industrie sei durch das Bismarck'sche Arbeiterbeschützungsgebung dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig geworden, eine Behauptung, die durch die Thatfachen so schlagend widerlegt worden ist.

Nehmen wir einmal an, es sei wirklich so, daß die deutsche Kaufmannschaft der englischen nur darum Gebiete für den Waarenabsatz abgenommen hat, weil die deutschen Arbeiter länger und billiger arbeiteten, als die englischen, so würden wir in einem solchen Erfolg nur einen Scheinerfolg sehen. Denn man kann es doch nicht einen Glücksfall nennen, wenn Erfolge im Welthandel nur durch das Elend der Arbeiter erkauft werden können. Ist China darum ein glückliches Land, weil seine Kulis jede europäische Konkurrenz aus dem Felde schlagen? Oder müssen wir das bedauernswerthe, vom fürchterlichsten Elend heimgesuchte Italien darum

glücklich preisen, weil seine vor dem Elend der Heimath ins Ausland gewanderten Söhne dort durch ihre Bedürftigkeit den anderen Arbeitern oft das Brod vor dem Munde wegnehmen?

Nein, so verhält es sich damit nicht. Eine gut-bezahlte, gutgenährte und kräftige Arbeiterschaft ist ein Glück für ein Land, und wenn die Unternehmer dabei einen geringeren Profit machen, so schadet das gar nichts.

Ganz elend aber ist ein Land daran, wo den mit übermäßigem Profit bedachten Unternehmern eine Masse bedürftiger, schlecht genährter und verkümmerter Arbeiter gegenübersteht.

In diesem Sinne wäre das, was man als ein Unglück Englands hinzustellen bestrebt ist, nicht einmal ein solches, denn es ist doch ganz klar, daß wenn in der Vertheilung des National Einkommens ein gewisser Ausgleich stattfinden soll, es nur der Billigkeit entspricht, wenn er zu Gunsten der Bedürftigen stattfindet.

Indessen liegt die Sache in Wirklichkeit ganz anders. Daß der deutsche Handel sich neue Gebiete erobert hat, liegt an den verschiedensten Ursachen; in erster Linie hat eben die deutsche Betriebsamkeit diese Erfolge herbeigeführt, da die deutsche Konkurrenz sich eifriger als sonst gerührt hat. In dem Augenblick, da der gewaltige Ausstand der englischen Maschinenbauer zu Ungunsten der Arbeiter geendet hat, kann man auch nicht sagen, daß die Arbeiter den Unternehmern wirklich besondere Zugeständnisse abgetrotzt hätten.

Die englischen Arbeiterorganisationen, die englischen Arbeiterschutzesetze und die englische Koalitionsfreiheit sind doch keine Dinge von heute oder gestern.

Die englische Behn'stundenbill, die vor mehr als einem halben Jahrhundert erschien, hat doch auch gewiß eine tiefschneidende Umwälzung in der englischen Industrie bewirkt, und obgleich damals in den anderen Industrieländern wenig von Arbeiterschutz zu bemerken war, so hat man noch nie gehört, daß England durch die Behn'stundenbill von 1844 zu jener Zeit dem Auslande gegenüber weniger konkurrenzfähig geworden wäre. Es kamen darauf die gewaltigen Kämpfe zwischen Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen in England; die Gewerksvereine der Arbeiter erreichten eine noch niemals dagewesene Macht und Ausdehnung und dennoch blieb England der erste Handels- und Industriestaat der Erde.

So läßt sich aus der sozialökonomischen Geschichte Englands leicht nachweisen, daß es nicht die von den Arbeitern ertrotzten Zugeständnisse sind, welche dem englischen Handel Abbruch gethan haben. Dagegen giebt es in England wie in Nordamerika eine relativ nicht unbedeutende Zahl von Unternehmern, die freiwillig ihren Arbeitern die Löhne erhöht und die Arbeitszeit gekürzt haben. Und gerade diese Arbeitgeber haben, wenn sie sich über die Frage der Konkurrenzfähigkeit äußerten, unteres Wissens niemals darüber geklagt, daß sie konkurrenzunfähig geworden seien, nur weil sie ihre Arbeiter besser bezahlt haben.

Wir leben natürlich nicht in der Illusion, daß es uns etwa gelingen könnte, Großhändler, Agrarier und Spießbürger von der Richtigkeit unserer Ausführungen zu überzeugen.

So lange die Frage der Einschränkung der Koalitions-

rechtes eine offene ist, werden die verhassten und unverhassten Reaktionen stets behaupten, der englische Handel sei durch das Koalitionsrecht der Arbeiter geschädigt worden.

Die Arbeiter kann das nicht beirren, und wenn der Klassenstaat ihr natürlichstes Recht antastet, so werden sie es nicht freiwillig verloren geben, weil man ihnen etwas andichten will, das sie garnicht gethan haben.

Im Ganzen beweist das Manöver aber nur, wie übel unsere Gegner der öffentlichen Meinung gegenüber daran sind. Gründe, sagt man sonst, sind so billig wie Brombeeren; aber hier müssen sie an den Haaren herbeigezogen werden. Wenn sie den herrschenden Klassen genügen — sei's d'cum! Den Arbeitern aber kann man in solchen Dingen kein K für ein U mehr machen.

Die große Arbeiterbewegung hat wahrhaftig nicht die Pflicht, Halt zu machen, wenn die Kapitalisten um ihre Profite jammern. So lange die kapitalistische Produktionsweise besteht, haben die Arbeiter an derselben nur das Interesse, daß sie in derselben Beschäftigung und Nahrung finden; das kann den Eifer, mit dem sie auf die Verrückung dieser Produktionsweise und deren Ersetzung durch eine menschenwürdigeren einarbeiten, nicht im Mindesten beeinträchtigen. Die Durchschnitts-Profitrate der Unternehmer macht ihnen keine Sorge, wenn sie ein wenig steigt oder ein wenig sinkt.

Lübeck und Nachbargebiete.

29. Januar.

Die Abschaffung der Beamtenkautionen regte Herr Wilsam in der letzten Bürgerversammlung an in einer Weise, die für unsere Verhältnisse so recht bezeichnend ist. Er meinte nämlich: „Ich will einen Antrag nicht stellen, aber man sollte dieser Frage näher treten“. „Man“ soll alles, „selbst“ ist nicht „man“! Die Antwort vom Senatsscheiße fiel demnach auch nicht bestimmt aus. Man glaubt die Kauttionen nicht ganz entbehren zu können, und Herr Amtsrichter Leberlin demonstriert in seiner „Jungferrede“, daß sie sich im verflochtenen Jahre ganz gut bewährt hätten. Wir sind demgegenüber der Ansicht, daß die Beamtenkautionen eine ganz veraltete, völlig zwecklose Einrichtung darstellen. Der Beamte, welcher sich pflichtwidrige Handlungen zu Schulden kommen läßt, riskirt Amt und Zukunft, also weit mehr, als die immer nur geringe Kaution, welche zu den zu verwaltenden Werthen oft in geradezu lächerlichem Verhältniß steht. Wenn den Beamten nicht das eigene Ehrgefühl, die Rücksicht auf einen makellosen Ruf und das Wohl seiner Familie von der Untreue abhält, dann thut es die Aussicht auf den Verlust der Kaution gewiß nicht. Preußen geht in dieser Richtung vor, das Reich wird wahrscheinlich folgen. Vergessen darf auch nicht werden, daß vermögenslose Beamte durch die Kautionspflicht oft geradezu den Wucherern in die Arme getrieben werden, zumal die Anfangsgehälter vielfach sehr klein sind. Selbst solche Beamte, die sich ein Kautionsdarlehen von Lebensversicherungs-Gesellschaften beschaffen konnten, mußten außer ihrer Prämie gewöhnlich noch 5 pSt. Zinsen für ihr Darlehn zahlen, weiter noch jährlich einen gewissen Betrag zur allmäligen Tilgung. Schließlich bleibt für den Staat das beste Mittel gegen Untreue der Beamten, weil sie in den meisten Fällen

Forster lehnt sich behaglich im Stuhl zurück.

„Ich habe kein Geld“, stößt die Frau zwischen den Zähnen hervor. „Wir verbrauchen Alles.“

„So wirst Du Dich einschränken müssen.“

„Kann ich nicht.“

„Wirst lernen. Wenn Irene Dich später mal an die Luft setzt, bleibt für Dich sowieso nur das Arbeitshaus. Paßt zwar recht schlecht für Dich; aber was willst Du machen!“

„Wui doch, Herr Forster! Wer wird vom Arbeitshaus zu solcher feinen Dame reden“, bemerkt Blommsfeld mißbilligend.

„Hier meine Adresse!“ ruft Jener, indem er einen Zettel auf den Tisch legt. „Schicke mir jeden Sonnabend dreißig Dollars, und Du sollst nichts wieder von mir hören. Vergißt Du's einmal, komm' ich und hol' mir das Geld.“

„O, Du — Du —!“ knirscht die Frau mit geballten Fäusten. Sie findet kein Wort, welches ihr kräftig genug erscheint, um ihre Wuth auszudrücken.

Beschwichtigend legt Blommsfeld seine breite Hand auf ihren Arm.

Voll Abscheu schüttelt sie dieselbe ab.

„Nützen Sie mich nicht an!“ kreischt sie. „Ich kenne Sie. Das Ganze ist Ihr Plan. Er —“ und sie deutet auf ihren nonchalant zurückgelehnten Gatten — „ist viel zu dumm dazu.“

Geschmeichelt verbeugt sich der Wucherer.

„Zu gültig! Wirklich zu gültig!“

Dhne auch nur kein Wort zu sagen, steht Frau Forster auf. Mit einer heftigen Gebärde nimmt sie den auf dem Tisch liegenden Zettel an sich und wendet sich zum Gehen.

„Bitte, setzen Sie sich doch noch einmal, verehrte Frau!“

Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(24. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Pst, pst! 's ist doch ganz egal, ob Jemand was sagt oder nicht. Mein hochgeschätzter Freund macht nur seine Späßchen, nicht wahr?“

„Zum Teufel mit Ihren Späßchen!“ fährt Forster auf. „Ich sage, Jedermann weiß, daß diese Frau hier im Circus nur gebildet wird Irene's wegen.“

Frau Forster's schmale Lippen zittern. Und doch steht sie nicht auf, um ihren Peinigern zu entfliehen — gerade, wie manche Menschen einen beleidigenden Brief nicht nur bis zum Ende lesen, sondern ihn dann auch noch zum zweiten und dritten Mal vornehmen.

„Halt' sie Dir warm!“ fährt Forster mit demselben hämischen Lächeln fort, welches während des ganzen Scharmützels sein Gesicht verzerrt. „Was wolltest Du ohne sie anfangen!“

„Sorg' Dich nicht um mich!“ höhnt seine brave Gattin. „Du hast ja nichts davon.“

„Vielleicht doch!“

„Verwundert hebt sie den Kopf.“

„Wie so?“

„Wenn ich nun zu Dir zöge? ... hm? Wie? ... Ein Vergnügen, daß Du Deinem rechtmäßigen Gatten nicht abschlagen kannst.“

„Das würden Sie auch nicht thun, nicht wahr, verehrte Frau?“ läßt sich wieder Blommsfeld's säuselnde Stimme vernehmen. „Sie alle drei zusammen — ein glückliches Familienleben —“

„Wirklich, es ist schon das Vernünftigste!“ fällt Forster, wie nachdenkend, ein. „Ich besitze nichts mehr. Den Park darf ich nicht weiter abholzen —“

„Nein, mein verehrter Freund. Sie wissen, ich leihe Ihnen keinen Cent mehr, wenn Sie noch einmal etwas Gesetzwidriges begehen!“ stößt Blommsfeld. „Ich will nur mit ehrlichen Leuten zu thun haben!“

Frau Forster denkt einige Augenblicke nach. Sie ist nicht klug genug, um gleich zu merken, daß die beiden Schurken ein abgekartetes Spiel treiben.

„Das Mädchen wird Dich 'rausschmeißen“, sagt sie endlich pathetisch.

„hm, 's kam' auf den Versuch an! Und wenn sie mich 'rausschmeißt, schmeißt sie Dich gleich mit 'raus. — Was?“

Frau Forster schweigt.

„hm, wenn ich mir's recht überlege“, beginnt ihr Gatte wieder, indem er langsam seinen Schnurrbart durch die Finger gleiten läßt, „ich würde mir das Vergnügen, wieder bei Dir zu sein, noch vertneifen, wenn —“

Gespannt horcht Frau Forster auf.

„— wenn?“

„Wenn ich jede Woche etwas Geld hätte. Sagen wir fünfundzwanzig bis dreißig Dollars.“

„Wa — as?“

„Aber, verehrter Freund“, mischt sich Blommsfeld wieder hinein. „Ihre kleine Wohnung in Brooklyn kann doch nicht soviel kosten! Wenn Sie so elegant wohnen, wie die verehrte Frau hier, dann wohl!“

Frau Forster zittert am ganzen Leibe vor Angst und Aufregung.

Die beiden Verbündeten haben ihren Zweck erreicht, indem sie andeuten, daß sie ihre Wohnung kennen.

„Nun, was meinst Du zu meinem Vorschlag, meine Theure?“

aus materieller Bedrängnis resultirt, eine anständige Besoldung der Diener des Staates. Hoffen wir, daß in dieser Hinsicht in Lübeck baldigst Maßnahmen getroffen werden, welche auch zur Beseitigung des Rationensystems führen.

Grober Unfug und bessere Heilighaltung des Sonntags in Mecklenburg-Strelitz. Das Urtheil des Schöffengerichts Schönborg gegen den Genossen G. von hier wegen Verbreitung von Broschüren in Schönberg lautet: Der Angeklagte wird wegen Uebertretung gegen § 360 I St.-G.-B. resp. § 2 Biffer 8 und 12 der V. D. vom 28. August 1885 wegen besserer Heilighaltung der Sonn- und Festtage in eine Geldstrafe von 5 Mk., welcher im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von 1 Tage substituirt wird, sowie zur Tragung der Kosten verurtheilt.

B. M. W.
Gründe.

Der Angeklagte ist in Uebereinstimmung mit den Zeugenaussagen geständig, am Sonntag, den 28. November v. J., zwischen 1 und 2 Uhr Nachmittags im Verein mit noch drei anderen Genossen Hans bei Haus hier in Schönberg gegangen zu sein, um eine politische Broschüre, „Die Sozialdemokratie in Mecklenburg“ zu verbreiten. Es ist in diesem Verfahren, da es ohne besondere Befähigung geschehen ist, ein grober Unfug nicht zu sehen und entfällt daher dieser Gesichtspunkt der Anklage.

Wohl aber muß in dieser 4 Mann hoch Haus bei Hans am Sonntage vorgenommene Verbreitung eine Verletzung der Verordnungen wegen besserer Heilighaltung der Sonn- und Festtage gesehen werden.

Gerade darin, daß die Thätigkeit gleichzeitig von 4 Mann betrieben wurde, ist ein die Würde der Sonntagsfeier störender Verstoß zu erblicken. Ebenso muß auch in der zugegebenen Anzahl der Broschüre Hans bei Haus verbreiten zu wollen, ein Hausieren im Sinne des § 2 Nr. 12 der Verordnung gesehen werden, und wirkt diese Thätigkeit nicht dadurch der Bestimmung der Verordnung entgegen, daß die Broschüre umsonst verbreitet wurde.

Es soll eben ein derartiges Hausieren, mag es nun zu Partei- oder Handelszwecken geschehen, an Sonntagen nicht stattfinden. Selbstverständlich ist es ganz gleichgültig, welcher Partei die verbreiteten Schriften dienen.

Was die Strafbarkeit anlangt, die nach § 360 I St.-G.-B. bis zu 60 Mk. reichen kann, so ist in Rücksicht darauf, daß die Störung der Sonntagsruhe von dem Angeklagten in Gesellschaft einer größeren Anzahl Genossen geschehen, über das geringste Strafmaß hinausgehen, wenn auch im Uebrigen bei der Unbefähigkeit des Angeklagten keine besondere Schärfergründe vorliegen. Es erscheint daher die beantragte Geldstrafe von 5 Mk., welcher im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von 1 Tage zu substituiren ist, der Uebertretung angemessen.

(gez.) G. Horn.

Das Urtheil wird nicht verfehlen, in den Kreisen der Genossen Kritik hervorzurufen. Berufung ist selbstverständlich eingelegt und wird voraussichtlich zur Aufhebung des Urtheils führen.

Schönberg. Eine unangenehme Geschichte erlebte am Sonnabend voriger Woche ein Bauunternehmer aus Lüdersdorf. Derselbe war zu 10 Uhr zum Verhör geladen worden. Um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr war nach seiner Behauptung der Gerichtsrath Horn noch nicht im Gerichtshaus anwesend, weshalb er wieder fortging. Bald darauf wurde er jedoch von einem nachgeschickten Polizisten verhaftet und vorgeführt. Auf dem Korridor gerieth er seiner Angabe nach mit dem ihn zur Rede stellenden Richter in Differenzen, was zur Folge hatte, daß dieser ihn angeblich vor Eintritt in die Verhandlung wegen Ungebühr vor Gericht in eine Haftstrafe von 1 Tag verurtheilte, welche er sofort verbüßen mußte. — Entsprechen diese Angaben den Thatsachen, so wäre u. E. Beschwerde gegen die verhängte Haftstrafe berechtigt gewesen, denn die §§ 177 bis 179 der Strafprozessordnung reden konsequent nur von der Sitzung resp. der Ungebühr in der Sitzung. Wenn also eine Ungebühr überall vorlag, so war sie vor der Sitzung erfolgt und unterlag nicht der sofortigen Strafverhängung, es hätte vielmehr evtl. Strafverhängung resp. Anzeige erfolgen müssen. Freilich wäre die Beschwerde schwerlich zwecklos gewesen, da sie bei dem hier

in Frage kommenden § 179 keine aufschiebende Wirkung hat. Fraglich ist, ob die erregte Unterhaltung auf dem Korridor auf Seiten des Richters eine „Amtshandlung außerhalb der Sitzung“ im Sinne des § 182 St.-G.-B. darstellt. Wir möchten das entschieden bezweifeln, da augenscheinlich ein mehr zufälliges Zusammentreffen des Richters mit dem Beschuldigten, nicht aber eine als Amtshandlung anzusehende beschlossene oder verhängte Maßnahme vorliegt.

Aus Nah und Fern.

Die „Erklärung von Klosthan“ wurde auf einer Weise bei der Irrenanstalt Friedrichsberg von einer großen Anzahl Wandsbeler Jungen aufgeführt. Mit lautem Hurrah griffen die Deutschen die Chinesen darstellende Abtheilung an. Die „Chinesen“ führten sich jedoch etwas rollenwidrig auf, denn sie rissen nicht aus, wie es auf dem Welttheater im fernem Osten üblich ist, sondern behaupteten das Feld. Beim Angriff lief der eine Deutsche mit dem Kopf gegen den vorgehaltenen Stock eines „Chinesen“, was zur Folge hatte, daß der Junge eine schwere Verletzung des linken Auges erlitt. Der Junge mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Arge Mißhandlungen — so berichtet der in Verden erscheinende „Anhaltische Gen.-Anzeiger“ — wurden wiederholt an einem kleinen 9jährigen Mädchen festgestellt, das die hiesige höhere Mädchenschule besuchte. Lehrer und Lehrerinnen wurden verschiedentlich aufmerksam auf das kleine Mädchen, das einen eigenthümlichen, geängsteten Eindruck hervorrief. Am letzten Sonnabend kam das Kind so zerschlagen zur Schule, daß die Lehrerin tiefes Mitleid empfand und das bedauernswerthe Wesen genau untersuchte. Es wurden nun erhebliche Körperbeschädigungen festgestellt, z. B. war am Auge eine auffallend blutkräftige Stelle, ferner war das eine Ohr stark mit Blut unterlaufen und der Fuß war so zerschlagen, daß das Kind nicht mehr gehen konnte, sondern mit der elektrischen Bahn nach Hause befördert werden mußte. Ferner wird mitgeteilt, daß das Kind fast fortgesetzt Hunger leiden muß und von den Mitschülerinnen mit Imbiß versorgt wird. Die Lehrerin ließ sich neulich von anderen Schülerinnen das Frühstück der Kleinen zeigen und stellte sich heraus, daß es nur in einem Stück trockenen Commisbrodes bestand. Von den Mitschülerinnen wird ferner behauptet, daß das Kind erzählt habe, es müsse oft nächtelang in einer Kiste im Keller zubringen. Man sollte glauben, daß derartige Vorkommnisse schon längst die davon Kenntniß habenden Personen veranlaßt haben sollten, der hiesigen Staatsanwaltschaft von dieser ungläublichen Erziehung Mitteilung zu machen. — Das Blatt deutet noch an, daß das Kind von seinem eigenen Vater, und zwar einem höheren Gerichtsbeamten, mißhandelt worden ist.

Der bekehrte Polizeipräsident. Der Berliner Polizeipräsident von Windheim ist ein verhältnismäßig junger Mann und daher von der Verdückerung der preussischen Polizeibureaukraten noch ziemlich frei. Vom ersten Auftreten der französischen Sängerin Yvette Guilbert berichtet die „Frei. Btg.“: „Der Polizeipräsident, der der Französin einige Lieder und Strophen vom Repertoire gestrichen hatte, war anwesend. Nachdem er Yvette gehört, küßte er ihr ritterlich die Hand und erlaubte ihr auch die beanstandeten Chansons in Berlin zu singen.“ Beneidenswertes Frankreich, das einen solchen Sieg über das Preußenthum errungen hat! Was wird aber die Generalynode dazu sagen? Die beanstandeten Chansons

sind nämlich etwas gepfeffert, so daß ein frommes Gemüth sich darüber empören muß — wenn es sie versteht.

In einem neuen Harrison-Prozess ist Redakteur Otto vom „Artist“ vom Schöffengericht Düsseldorf freigesprochen worden. Er hatte im „Artist“ Produktionen à la Harrison in den Varietés als „Unzucht“ bezeichnet. Das Schöffengericht erklärte, die Entleidungszone gehöre in kein Variété, deshalb müsse man die wahren Artisten schüzen, daß die unlauteeren Elemente von den Bühnen verdrängt werden. Otto habe ein gutes Werk gethan und nicht nur den Artisten, sondern auch allen anständigen Leuten genützt.

Ueber das Eisenbahnunglück auf dem Bahnhofs-Genie schreibt die „N.-W. Btg.“: Das große Eisenbahnunglück hält die Gemüther noch fortwährend in Aufregung. Ueber den ersten Eindruck der Katastrophe theilt uns als Augenzeuge Herr Herzog Folgendes mit: „Ich sah den Eisenbahnzug auf meine Bestimmung zurufen. Derselbe war vollständig in Staub und Feuerfunken gehüllt. Ueber dem Kreischen der Wagen konnte man nichts Weiteres hören und Sehen. Doch kaum war der Zug zum Stillstand gekommen, da bot sich ein grauenvolles Bild dar. Herzzerreißende Jammerlaute wurden vernehmbar, und aus den zerbrochenen Wagenthüren und Fenstern tauchten blutende Gestalten auf. Auf den Gleisen lagen Körpertheile und Fetzen von Kleidungsstücken.“ Von besonderem Interesse sind die Mittheilungen von Mitreisenden, die an der Katastrophe direkt theilhaftig sind. So theilt uns ein Herr mit, daß er mit zwei anderen Herren in gemüthlichster Unterhaltung in einem Wagenabtheil gefessen habe, während der vierte Mitreisende, ein Bankier aus Dortmund, das unterbrochene Morgenschlafen fortsetzte. Plötzlich verspürten wir einen fürchterlichen Ruck und darauf ein entsetzliches Quieten. Wie auf Kommando sprangen die drei Herren auf und klammerten sich an die obere Gallerie zur Aufnahme der Gepäckstücke an. Diese Herren kamen mit dem Schrecken davon, während der Herr aus Dortmund, jäh aus Morpheus Armen aufgeschreckt, schwere Verletzungen am Kopf und Arm erlitt. Entsetzlich ist das Schicksal des Gottfried Gunt aus Gölbersloh. Derselbe lag auf einer Thür und hatte anscheinend keine schwere Verletzungen erlitten. Zum Krankenhause gebracht, stellte sich jedoch heraus, daß sein Zustand lebensgefährlich war. Er dikirte noch ein Telegramm an seine Gemahlin, in welchem er sie über seinen Zustand beruhigte. Bald darauf bat er die behandelnde Krankenschwester: „Grüßen Sie meine liebe Frau!“ worauf er alsbald verschied. In einem Wagenabtheil saßen zwei Herren, von denen der eine bei Eintritt des Unglücks aufsprang und an das gegenüberliegende Fenster eilte. Er blieb unverletzt, während sein Reisebegleiter schwer verletzt wurde. Ein anderer Herr, der eine Fahrkarte zweiter Klasse gelöst hatte, wurde von Freunden auf der Station Dortmund veranlaßt, zu ihnen in ein Wagenabtheil dritter Klasse zu steigen; er ist einem graufigen Geschick entgangen. Ein anderer Augenzeuge, der als Erster mit Hilfe leistete, erzählt darüber Folgendes: Mit einer Stange erbrach man zunächst die Thüren des ersten umgestürzten Wagens. Ein schrecklicher Anblick bot sich dar. Ein Vater mit seinen erwachsenen beiden Töchtern und seinem Schwiegersohne saßen in dem Abtheil, bedeckt von den Trümmern und Glassplittern. Während die Damen und deren Vater unbedeutend verletzt waren, hatte der andere Herr eine gefährliche Kopfverletzung davongetragen. In einem andern Abtheil desselben Wagens war einer Frau fast die ganze Kopfhaut abgerissen. Einem Passagier war der Kopf buchstäblich vom Kumpfe getrennt. In dem Wagen dritter Klasse, dessen ersten zwei Abtheile zertrümmert wurden, befand sich ein Herr, dem beide

Frau Forster bemerkt das eigenthümlich listige Zwinzeln in den Augen des Wucherers. Ihre Neugierde erwacht. Halb widerstrebend nimmt sie wieder auf ihrem Stuhl Platz.

„Glauben Sie, ich will nur den Friedensstifter zwischen Mann und Frau machen?“ ruft er lachend. „Ne, da kennen Sie mich schlecht.“ Er greift in die Brusttasche seines ziemlich unsauberen Rockes und zieht ein dickes, verschwiebtes Portefeuille heraus. „Sehen Sie, dieser Tintenstift schreibt gerade wie Tinte und gilt auch ebensoviel vor Gericht.“

Vorsichtig blickt er sich um. Obgleich das Lokal jetzt ganz leer ist, legt er sich mit dem Oberkörper halb auf den Tisch und spricht so leise, daß Frau Forster ebenfalls gezwungen ist, ihren Kopf vorüber zu beugen.

„Sehr schön, sehr fein von Ihnen, Ihrem Gatten wöchentlich dreißig Dollars geben zu wollen“, flüstert er beinahe unhörbar. „Das heißt, so lange Fräulein Gordon lebt. Sollte aber der jungen Dame irgend etwas zustossen, so hätten Sie das Nachsehen und bekämen gar nichts für Ihre liebevolle Fürsorge für Ihren Herrn Gemahl. Das wäre ungerecht. . . Ich schlage vor: wenn Herr Forster Geld von Frau Forster bekommt, so lange Fräulein Gordon lebt, so muß Frau Forster auch ihren Antheil an dem Vermögen haben, wenn mit Fräulein Gordon irgend etwas passiert. Das ist nur geschäftlich, nicht wahr?“ Sein listiger Blick sucht Forster.

Dieser nickt kurz mit dem Kopf. Die Sache ist schon lange verabredet.

„Also“, fährt Bloomfield lauernd fort, „sollte Fräulein Gordon vor ihrer Großjährigkeit sterben oder irgendwie verunglücken, so ist es nur recht und billig, daß Frau Forster für den Rest ihres Lebens unabhängig und gefichert dasteht. . . So — hier schreibe ich ein Uebereinkommen, welches Sie morgen beim Notar können stempeln lassen. Darnach zahlt Ihr Gatte

Ihnen — wie heißen Sie mit dem Vornamen, verehrte Frau?“

„Arabella.“

„Gut. Darnach zahlt Ihr Gatte Ihnen, Arabella Forster, nach Irene Gordons Tode, die Summe von fünfzigtausend Dollars. Was meinen Sie dazu?“

Hastig mit dem Kopf nickend, fordert ihn die Frau durch eine ungeduldige Handbewegung auf fortzufahren.

„So — Ihr Gatte wird das jetzt fein unterschreiben, und ich setze als Zeuge meinen Namen darunter.“

Damit drückt er Herrn Forster den Tintenstift in die Hand.

Dieser unterschreibt schnell, schiebt das Papier schweigend seiner Frau zu und geht an's Buffet, um sich einen Cognac geben zu lassen.

Noch näher beugt sich der Wucherer zu Frau Forster herüber, nachdem auch er unterzeichnet hat.

„Heben Sie es gut auf!“ raunt er ihr in's Ohr. „Es bedeutet ein Vermögen. Jetzt freilich ist es noch nichts werth. Aber später einmal — wer weiß!“

Mit fieberhafter Hast faltet sie das Papier zusammen.

„Kurz und gut, die fünfzigtausend Dollars erhalte ich, wenn Irene Gordon —“

„Husch! Husch! Ich darf nichts weiter hören“, wehrt er ab. „Aber wenn ich Ihnen irgendwie dienen kann, soll es mich sehr freuen. Darf ich morgen Abend hier ein wenig mit Ihnen plaudern?“

„Ich komme, sobald meine Nummer vorbei ist.“

„Recht so. Gute Nacht, verehrte Frau! Freu' mich, daß Alles so fein glatt abgegangen ist!“

Er steht auf und gesellt sich zu seinem Freunde am Buffet. Nach Art guter Kameraden legt er seinen Arm in den seinen und zieht ihn aus dem Lokal.

Beide sprechen kein Wort. Aber der stumme Blick des Einverständnisses, den sie wechseln, verräth eine ganze Welt von Schleichigkeit und Niedertracht.

XVI.

Als Frau Forster nach einigen Tagen gegen elf Uhr Abends wieder das Restaurant betritt, gewahrt sie Bloomfield in der Nähe des Buffets. Er ist von fünf bis sechs jungen Leuten umgeben, denen er seine Witze vor-macht — junge Leute, die der sogenannten besseren Gesellschaftsklasse angehören, die eine gute Erziehung genossen haben, aber im Stalljargon mit einander reden, Leute, welche sich nicht schämen, von einem Menschen, wie Bloomfield, Geld und schlüpfrige Anetboten zu beziehen.

Auch er bemerkt Frau Forster sofort. Doch er bricht nicht sogleich seine Unterhaltung ab. Erst nachdem die Pointe wieder belacht worden ist, schenkt er, die Hände in den Hosentaschen, die Cigarre in einem Mundwinkel, langsam an ihren Tisch.

Sie empfängt ihn in trotzigen Schweigen.

„Thut mir leid, daß ich Sie erst heute sehe“, sagt er gemüthlich, indem er sich neben sie setzt und einem Kellner winkt. „Was wollen Sie nehmen, verehrte Frau?“

Diese bestellt Whisky und Sodawasser und lehnt sich wartend in ihren Stuhl zurück.

„Warum so finstler, verehrte Frau?“ beginnt Bloomfield mit seiner süßlichen Stimme.

„Weshalb waren Sie gestern nicht hier und vorgestern nicht und den Tag vorher auch nicht?“ fragt sie verstimmt.

„Um hm!“ macht der Wucherer, bedächtig den Kopf hin- und herwiegend. „Man durfte uns nicht gleich wieder zusammensehen — wenn irgend etwas passiren sollte — Sie verstehen mich schon!“ (Fortsetzung folgt.)

Beine gebrochen waren. Drei andere Reisende hatten leichtere Verletzungen erlitten. Einem Herrn waren die Arme fast zerfleischt; das Blut hatte den Unglücklichen ganz und gar bespritzt. In den einzelnen Koupes lagen abgerissene Körperteile und verstümmelte Gliedmaßen zwischen den zerschlagenen und wirr durcheinander gewirkelten Gepäckstücken.

Die Ursachen des Eisenbahnunfalls auf der Station Herne konnten trotz sorgfältigster Untersuchung noch nicht mit voller Bestimmtheit festgestellt werden, doch neigt man in amtlichen Kreisen der Ansicht zu, daß ein Fehler an der Weichenzunge den Unfall herbeigeführt habe. Die Zunge mit den an der Unfallstelle lagernden Schienen sind bei der Katastrophe derart verbogen und zerstört worden, daß es sich jetzt kaum noch wird feststellen lassen, in welchem Zustande sie sich vorher befunden haben. Von den schwerverwundeten Passagieren sind fünf derart verstümmelt, daß sie kaum mit dem Leben davorkommen werden.

Sittenpolizeiliches. Vor der Strafkammer in Köln fand in diesen Tagen die Verhandlung gegen den Kriminalschutzmännchen Kiefer statt, welcher vor einiger Zeit unter höchst auffälligen Umständen ein anständiges Mädchen auf einer offenen Straße verhaftete. Kiefer ist angeklagt, die Dauer der Freiheitsentziehung der Wilhelmine Fassbinder vorzüglich und unberechtigt verlängert und die Fassbinder mißhandelt zu haben. Kiefer hatte Letztere am 2. Juli, als sie zufälliger Weise neben einer Dirne ging, mitverhaftet und, obgleich sie ihm ihre nahe Wohnung zeigte und bat, sich von der Wahrheit ihrer Aussagen bei zwei vor der Thür stehenden Ladengehülfskinnen zu überzeugen, zum Polizeipräsidium geführt. Unterwegs will die Fassbinder von Kiefer gestohlen worden sein, während Andere ausgaben, daß sie sich an einer Schaufensterbrille angetastet habe und von Kiefer losgerissen worden sei. Sie sträubte sich noch an mehreren Stellen, sich fortführen zu lassen, ging aber schließlich mit. Auf dem Polizeipräsidium wurde sie nach Feststellung ihrer Personalien, und nachdem ihr Vater, ein Obermaschinenmeister, sie persönlich als seine Tochter anerkannt hatte, sofort entlassen. Kiefer will bei der Namensnennung auf der Straße „Christine Fassbinder“ verstanden habe, auf welche Dirne er sah, doch stellte sich in der Verhandlung die oben gegebene Darstellung als richtig heraus. Es wurde festgestellt, daß die Verhaftung nach dem Rapportbefehl für die Schutzleute ungerechtfertigt war, denn danach dürfen nicht unter sittenpolizeiliche Kontrolle stehende Frauenspersonen (deren es in Köln 7—800 giebt) nicht einfach festgenommen und nach dem Polizeidepot gebracht werden, wenn sie sich nach Auffassung des betreffenden Beamten auf der Straße auffällig benehmen und der gewerksmäßigen Unzucht verdächtig sind, sondern der Beamte soll in solchen Fällen nur Name und Wohnung feststellen und Anzeige erstatten. Eine Festnahme ist nur angezeigt, wenn durch das Verhalten der Betreffenden die öffentliche Ordnung gestört wird und Vermahnung ohne Erfolg geblieben ist. Von der Weibringung einer Legitimation ist in der Regel Abstand zu nehmen. Diese Vorschriften sind aber nicht befolgt worden. Ein Wachtmeister sagte aus, wenn man sich nach den Vorschriften richten wolle, könne man keinen Erfolg haben. Die von Kiefer vorgenommene Verhaftung war, wie bestätigt wurde, nicht nur Grundlos, sondern auch in äußerster roher Weise erfolgt. Bemerkenswert ist, daß der Kommissar Streicher den Kiefer als einen der besten Beamten bezeichnete, vor Allem sei derselbe auch wahrheitsliebend. Kiefer habe nach dem Vorfall sofort bedauert, daß er sich geirrt. (Der Vorsitzende bemerkte hierauf, die ganze Sache wäre wohl anders gekommen, wenn er veranlaßt oder ihm gestattet worden wäre, der Dame oder deren Angehörigen sein Bedauern auf loyale Weise zum Ausdruck zu bringen.) Der Zeuge bestätigt weiter, daß die Schutzleute berechtigt seien, eine Frauensperson festzunehmen und zum Polizeipräsidium zu führen, wenn sie behaupten könnten, dieselbe habe mit einer Dirne gesprochen. Der Polizeikommissar Pieper bezeichnete den Angeklagten ebenfalls als einen sehr zuverlässigen und in jeder Beziehung tüchtigen Beamten. (Werkwürdig solche Schutzleute sind fast immer die besten Beamten!) Die Bemerkung des Gerichtsvorsitzenden von wegen der Entschuldigung erhält eine Illustration durch die Aussage des Vaters von Fräulein Fassbinder, welcher als Zeuge zunächst über seine Erlebnisse auf dem Polizei-Präsidium berichtete, wo man ihn bei seinem Erscheine zunächst aufgefordert habe, das Lokal zu verlassen. Eines Tages, so erzählt der Zeuge weiter, kam ein Mann, der sich als Pferdehändler ausgab, zu mir und bot sich als Zeuge an. Meine Frau sagte, wir hätten genug Zeugen, aber er möge seinen Namen angeben. Er schrieb nun: Jean Claasen, Agrippastrasse. Das war aber falsch, und meine Tochter sah später den Mann an Obermarspforten auf Posten als Schutzmännchen. Ich schrieb an den Polizei-Präsidenten, welcher mir mittheilte, der Betreffende sei bestraft worden. — Trotz alledem und alledem beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung des Angeklagten, da demselben das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit in keinem Falle nachzuweisen sei. — Das Urtheil lautete natürlich auf Freisprechung.

Einem Schabernack wollten in Speier zwei Brüder, ein Baumeister und ein Bankbeamter, ihrem verheiratheten Bruder, dem Baumeister Graf spielen. Sie begaben sich in später Stunde an dessen Haus und lärmten so sehr, daß die Bewohner wach wurden. Baumeister Graf, in

der Meinung, es seien Einbrecher da, schoß mit einem Revolver zum Fenster hinaus. Die Kugel ging einem der Brüder in den Kopf. Der Betroffene ist schwer verletzt.

Wer hat Lust? Im Leipziger „Buchhändler-Versensblatt“ sucht ein unternehmender Buchhändler einen Kapitalisten zur Begründung einer Buchhandlung in — Niotschau.

Ein Sträfling, der die Gesetze kennt. Aus Wien wird über folgenden originellen Gerichtsfall berichtet: Ein mehrmals vorbestrafter junger Mensch, der 24jährige Emil Popper, war vor einem Erkenntnißsate der Diebstahlsantheilnahme angeklagt, weil er einigen Firmen abhandlungsmässige Seidenartikel verkauft und verpfändet hatte und nicht nachweisen konnte, daß er auf rechtmäßige Weise in den Besitz der gestohlenen Sachen gelangt sei. Der Angeklagte stellte gleich bei Beginn der Verhandlung einen Vertagungsantrag mit der Begründung, daß die Angelegenheit in Folge der von der Staatsanwaltschaft angenommenen Schadensziffer vor das Schwurgericht gehöre, und daß er, was der Hauptgrund sei, seinen von Gerichtswegen gestellten Vertagungsantrag nicht als solchen anerkenne, weil dieser mit ihm keine einzige Rücksprache genommen habe und deshalb auch nicht informirt sein könne. Der Verteidiger erklärte, daß ihm diese offizielle Vertretung erst am Tage zuvor übertragen worden und er (der Verteidiger) daher keine Gelegenheit zur Rücksprache hatte. Er wolle den Angeklagten nach bestem Wissen und Gewissen verteidigen, überlasse es aber ganz dem Gerichtshofe, dem Gehören des Angeklagten zu willfahren. Der Gerichtshof entschied sich für die Ablehnung des Antrages des Angeklagten, und zwar hinsichtlich des Verteidigers mit der Motivierung, daß das Gesetz nur bestimme, für einen mittellosen Angeklagten einen Armenvertreter zu bestellen. Das sei geschehen und somit kein Grund vorhanden, einen neuen Vertreter zu bestellen. Die Verhandlung wurde also durchgeführt und der Angeklagte schließlich zu einem Jahre Kerker und nachträglicher Abgabe in eine Zwangsarbeitsanstalt verurtheilt.

Verurtheilter: Ich melde die Wichtigkeitsbeschwerde an, weil mein Verteidiger nicht informirt war und dann auch wegen Inkompetenz dieses Gerichtes.

Verteidiger: Ich erkläre, keinen Grund zur Ausführung einer solchen Beschwerde zu haben und betrachte daher mein Mandat für erloschen.

Verurtheilter: Dann werde ich die Wichtigkeitsbeschwerde selbst ausführen.

Vors.: Ich werde Sie also deshalb in mein Bureau rufen lassen.

Hierauf wird der rechtskundige Sträfling von Justizsoldaten abgeführt.

Eine antisemitische Nothheit ist wieder einmal von dem berüchtigten Wiener Judenheker Schneider zu verzeichnen. Im niederösterreichischen Landtage fand eine Erörterung über die Frage des Vogelschusses statt. Abg. Dr. Osner, ein Angehöriger der jüdischen Konfession, wandte sich gegen die Frauenmode, Vogelbälge auf den Hüften zu tragen. Schneider rief ihm zu: „Die Schouzeit für die Juden, die Raubvögel, muß auch aufhören! Für die Juden soll Schußgeld gezahlt werden!“

Ein Zwischenfall ereignete sich am Freitag Mittag im mährischen Landtag in Brünn. Während der Beratung erschien im Saal ein alter Lehrer vom Lande mit Weib und kleinem Kind, die, von den Dienern unbemerkt, in den Saal gelangt waren und zwischen den Bänken der Abgeordneten hindurch bis zur Tribüne des Präsidiums gingen. Die Frau forderte mit lauter Stimme auf tschechisch die Abgeordneten auf, endlich ihrem Mann das Gefuch um Pension zu bewilligen, das er schon seit vielen Jahren alljährlich stets erfolglos im Landtag einbringt. Die Aufforderung des Landeshauptmanns, den Saal zu verlassen, verstanden und beachteten die Leute nicht. Die Frau fuhr fort zu klagen, daß sie verhungern müssen, wenn die Abgeordneten sich nicht erbarmen. Als sie durch Diener aus dem Saal geführt wurden, weinten die beiden alten Leute bitterlich.

Einem interessanten Beitrag zur Affäre Dreyfus beziehungsweise zur Frage der Verlässlichkeit der Sachverständigen im Schreibfache, die ja im Prozesse Dreyfus eine so ausschlaggebende Rolle spielen, liefert der Wiener Verteidiger in Strafsachen, Dr. Friedr. Elbogen, indem er an ein Wiener Blatt folgendes Schreiben richtet:

„Sehr geehrter Herr Redakteur! Ein Wiener Fabrikant erhielt vor einiger Zeit eine Reihe beleidigender Zuschriften. Der Verdacht der Urheberschaft richtete sich gegen meinen Klienten, den Gutsbesitzer Ernst P. Bei der Verhandlung erklärte der bekannte Sachverständige im Schreibfache, Herr Professor Arthur Stallitz, die Schrift meines Klienten sei identisch mit der Schrift in den inkriminirten Briefen. Auf Grund dieses Gutachtens wurde Ernst P., trotzdem er seine Schuldlosigkeit behauptete, verurtheilt. Glücklichweise gelang es mir nun, den wirklichen Schreiber der Schmähbrieve zu entdecken. Nun berief ich Herrn Professor Stallitz zu meine Kanzlei, stellte ihm dafelbst jenen Dritten vor und die sofort vorgenommenen Schriftproben ergaben in der That die vollkommene Schriftgleichheit. Herr Professor Stallitz hat mir denn auch die schriftliche Erklärung ausgestellt, in welcher er bekennt, sein vor Gericht abgegebenes Gutachten sei einem Irrthum entsprungen, da der Urheber jener Briefe sei nicht Ernst P., sondern jene dritte Person. Natürlich wurde nunmehr Ernst P. von der zweiten Instanz, der ich dieses neuerliche Gutachten vor-

gelegt, freigesprochen. Ich bringe diesen Fall zur öffentlichen Kenntniß, weil die gefährliche Unverlässlichkeit der von den „Schriftgelehrten“ abgegebenen Gutachten selten so kraß hervortritt wie hier. „Iren ist menschlich“ wird wohl in Zukunft heißen dürfen: „Iren ist Schriftverständig.“ Dr. Friedrich Elbogen.“

Ein Naphtha-Beck brennt seit Mittwoch Mittag im Dorort Tscherni-Gorob von Balu mit der dazugehörigen Pumpstation. Bisher sind zwei Reservoirs mit 500 000 Pud Naphtha verbrannt. Auch Menschen sollen dabei verunglückt sein.

Starker Schneefall herrscht seit Mittwoch in Athen und Konstantinopel. Auf dem Schwarzen Meer sind zahlreiche Schiffsunfälle vorgekommen.

An einem Mast der elektrischen Bahn in Velbert wurde am Sonnabend Nachmittag die Sicherung in dem Ausschaltungskasten defekt, so daß der Draht mit dem Mast in direkte Verbindung trat und so der elektrische Strom in die Erde geleitet wurde. Der Strom machte sich in der Erde alsbald bemerkbar, so daß die die Stelle passirenden Personen elektrische Schläge in ihren Körpern fühlten. Als ein mit mehreren Pferden bespannter Lastwagen die Stelle passirte und eines der Pferde auf die Schienen trat, brach das Thier alsbald todt zusammen. Ein an dem Mast vorbeistreichender Hund fiel ebenfalls todt nieder.

Die spanischen Schatzfinder haben ihr Verfahren erneuert. Am Donnerstag erschien in Paris bei der Französischen Bank ein Herr mit einem auf 1 300 000 Frks. lautenden Check, dessen Auszahlung wegen seiner ungewöhnlichen Höhe sofort beanstandet wurde. Die nähere Prüfung bestätigte sehr bald, daß er gefälscht war. Der Vorzeiger des Checks war ein Kassenbote des Crédit Lyonnais, Rivet, der eigens aus Lyon gekommen war, um das Geld zu erheben. Rivet ist seit zweiundzwanzig Jahren am Crédit Lyonnais angestellt, hat sich jeder Zeit als pünktlich bewährt. Er ist auch gar nicht der Fälscher oder Verfälscher, sondern wollte das Geld nur aus Gefälligkeit für seinen Freund, den Kaffeehändler Place, erheben. Dieser hatte aus Barcelona einen Brief erhalten, worin ihn Antonio Miro Garcia daran erinnerte, ihn in Lyon getroffen zu haben und seine große Gefälligkeit zu kennen. Er (Garcia) bedürfte dringend 5000 Frks., bitte, ihm diese vorzuschließen, da er als politischer Gefangener einen Check über eine hohe Summe in Frankreich nicht zu erheben vermöge. Garcia versprach natürlich Place eine hohe Entschädigung für seine Mißthatung. Place brachte die 5000 Francs zusammen und reiste nach Barcelona, wo er das Geld nicht aus der Hand geben wollte, bis er sich über die Echtheit des Checks vergewissert hatte, dessen Höhe ihm Bedenken einflößten. Aber die Darlegungen Garcias und eine Drahtung aus Paris (von einem Spießgesellen) „Der Check N. N., Französischer Bank, ist richtig, wird auf Sicht bezahlt“ überzeugten ihn schließlich, Place gab die 5000 Frks. und bat dann zu Lyon seinen Freund Rivet, ihn nach Paris zu begleiten, da er besser mit solchen Bank- und Kassengeschäften Bescheid wisse. Rivet, der sich längst auf einer Reise nach Paris und zu seinem Bruder in der Pfarde gefreut hatte, willigte sofort ein, erhielt auch den nöthigen Urlaub. Place und Rivet sind selbst die Getäuschten. Garcia war übrigens rücksichtslos genug, in einem Brief Place für die erhaltenen 5000 Francs zu danken, wobei er ihn ob seiner Leichtgläubigkeit verispottet.

Männerhauptmann Athanas, dessen Plünderung eines Orientexpreszuges im Jahre 1891 bei Tscharkeskoj durch die Fortführung deutscher Reisenden als Geißel großes Aufsehen erregte, soll wieder einmal gefangen genommen sein. Die Gefangennahme des Räubers ist schon so oft gemeldet worden, daß man gegenüber dem neuesten Telegramm aus Sofia, Athanas sei durch die Polizei in Kuslowiga verhaftet worden, wohl mißtrauen darf, zumal der Meldung hinzugefügt wird, daß Athanas in Kuslowiga seit dem Ueberfall von Tscharkeskoj lebe und den Armen Wohlthaten erwiebe, und 180 dortige Bewohner haben an den Fürsten Ferdinand telegraphirt, um die Freilassung des Räubers zu erwirken.

Ein schlechtbelohnter Reisebegleiter Stanleys. Der Genosse H. M. Stanleys auf seiner Reise zur „Entfaltung Emin Paschas“, William Bonny, liegt in einem Londoner Armenhause, an schwerem Lungenleiden erkrankt, darnieder. Bonny befehligte, wie man sich erinnern wird, Stanleys Nachhut. Diese hatte entsetzliche Leiden zu bestehen. 100 Mann starben Hungers. Bonny überlebte die Strapazen. Fieber und Noth aber haben den Keim zu seinem jetzigen Schwindsuchtstücken gelegt.

In Norderney sind am Westrande der Insel neuerdings starke Erdbeben hervorgetreten, an welchen wahrscheinlich die Sturmfluth von 1896 die Hauptschuld trägt. An einer Stelle haben die Tiefenverhältnisse bereits einen so gefährlichen Charakter angenommen, daß schleunigst Sicherungsmaßnahmen getroffen werden mußten. Um den Strand gegen weitere Angriffe des Meeres thunlichst zu schützen, sollen in den nächsten Jahren umfassende Bahnenbauten vorgenommen werden. Die Bahnen, die, aus Felsblöcken und Steinschüttungen bestehend, weit in das Meer hineinragen sollen, verhindern, daß Flut- und Ebbestrom den Strand herführen, der dann stets, ausgenommen bei sehr hoher Fluth, von ruhigem Wasser umspült wird. Die Kosten der Schuttbauten, die zur Erhaltung der Insel notwendig sind, sind nach der „Rhein. Westf. Z.“ auf 1 350 000 Mark veranschlagt worden.

Zum

empfehlen

Maskenball

Atlasse in allen Lichtfarben, Mtr. 40 Pfg.
 Velvet in allen Lichtfarben, Mtr. 70 Pfg.
 Velvet, goldbetreft, . . Mtr. 160 Pfg.
 Soid. Masken, alle Farben, Std. 15 Pfg.
 Ballstrümpfe, Ballhandschuhe.
 Gold, Silber, Bänder, Spitzen, Sterne
 Franzen, Münzen, Flitter, Schellen.
 Stoff zu Clown-Auzügen u. s. w.

Paul Brinn & Co.

31 Breitestraße 31.



Total-Ausverkauf
 wegen Umzug, von
 Regen- und Sonnen-
 Schirmen.
 25% unter Preis 25%
 H. Stoppelman,
 Schirmfabrik, Süßstraße 32.

Folker's
Möbel-Magazin
 25 Marlesgrube 25

empfehlen
 gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und
 Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum
 elegantesten, zu billigen Preisen.

Zahn-Atelier

von **Georg Rothschild**
 Süßstraße 60, 1. Etage.
 Künstliche Zähne, Plombiren etc.
 Solide Preise.

Das Lagerhaus u. Expeditions-Geschäft
Fischergrube 52

empfehlen sich zum Lagern und Nachsenden
 aller Gegenstände prompt u. billig.

Befreit

gleich vielen Anderen von Magenbeschwerden,
 Verdauungsstörung, Schmerzen, Appetitlosigkeit etc.,
 gebe ich Zedernmann gern unentgeltliche Aus-
 kunft, wie ich ungedachtet meines hohen Alters
 wieder gesund geworden bin.

F. Koch, Königl. Förster a. D.,
 Bömbfen, Post Nieheim in Westfalen.

No. 50

5 Pfg. Ausschuß-Cigarre
 hat Qualität, sicheren Brand und schmeckt gut

Wilh. John,
 Schüsselbuden 5.

Fein schmeckt
 ein jeder Berger Fohmbering, welcher in
meinem Essig
 marinirt wurde.

H.L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge.
 Essigfabrik etc., Fischergrube 61.

Sämmtliche Colonialwaaren

Delikatessen als:
 Sardinen, Corned Beef,
 Anchovis, Sardellen.

Im Ausschnitt:
 Schweizer, Holländischen
 und Tilsiser Käse,

ff. Fleisch- u. Wurstwaaren
 in nur denkbar feinsten Qualität.
 Fein- und Grob-Brod
 von der Genossenschafts-Bäckeret.

Ed. Deis, Schulstr. 6.

Prima Bratenschmalz

Pfd. 30 Pfg.
Heinr. Muhly
 Holstenstraße 14.

Jeden Sonnabend Abend von 6 Uhr an:

ff. heiße Snadwurst.

Täglich:
Frische Bierwurst.

Heinr. Muhly, Holstenstr. 14.

ff. Leberwurst,
 ff. Hausmacher-Leberwurst,
 ff. Sardellen-Leberwurst.

Heinr. Muhly, Holstenstr. 14.

Grosser Ausverkauf

des kolossalen Lagers aller Arten von Schuh- und Stiefelwaaren, in
 nur gediegenster und reellster Waare, als:

Kniestiefel	} extra stark gearbeitet	Knopfstiefel	} für Damen
Halbstiefel		Schnürstiefel	
Zugstiefel		Zugstiefel	
Knaben-Stulp-Stiefel		Ballschuhe	eleg.
Kinder-Stiefel		Hauschuhe	Ausführ.

Pantoffeln, Kinderschuh etc. etc.
 Filzschuhe, Filzpantoffeln, Filzsohlen, zu jedem Preis, empfiehlt

J. Möllendorff, Holstenstraße 9.

Ausverkauf

der bei der Inventur zurückgesetzten Waaren.

Carl Herm. Mich. Stave

Weiter Krambuden 4, zwischen Markt und Marienkirche.

„Brauerei zur Walkmühle“

Sonntag den 30. Januar 1898:

II. Großes humoristisches



Bockbier-Fest



verbunden mit großem Concert

ausgeführt von der hiesigen Regiments-Kapelle, unter Leitung ihres Kapellmeisters
 Herrn A. Lindemann.

Eintrittspreis 30 Pfg., wofür Bieder und Programm gratis verabfolgt werden.

Concert-Haus „Flora“

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr. F. Grammerstorf.
 Sonntag den 13. Februar: Maskenball.

Eine Parthie

Matjesheringe

sehr schöne Qualität,
 à 5 und 10 Pfg.
 empfiehlt

Heinrich Koop.

Vorzüglische, stets frische

Tafel-Butter

Pfund 1,05 Mtr.

Pfaffenstraße 2. **H. Hammer.**

COLOSSEUM

Heute Sonntag:

Große freie Tanzmusik.

Anfang 4 Uhr.

Sonntag den 6. März:
Gr. Volks-Maskerade.

W. Dassler.

Wakenitz-Bellevue.

Sonntag:

Tanzkränzchen.

W. Kruse.

Neue Lohmühle

Heute Sonntag:

Große Tanz-Musik.

C. Koopmann, Str.

Friedrich-Franz-Halle

Heute Sonntag:

Tanzkränzchen

L. Lübke.

Stebr's Stablissement.

Morgen Sonntag:

Große freie Tanzmusik.

Anfang 4 Uhr.

Einladung zum Ball

der Lübeder Feuerwehr

am Donnerstag den 10. Februar
 in den Centralhallen.

Anfang 7 Uhr. Ende Morgens.

Herrenkarte 60 Pfg., 1 Dame frei.

Einzelne Dame 20 Pfg.

Hierzu ladet ergebenst ein

Das Fest-Comitee.

Starten sind zu haben beim Fest-Comitee.

St. Jürgen-Liederkränz

Am Sonntag den 6. Februar:

Humor. Kappen-Fest

bei Herrn Frahm, „Concordia-Garten“.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Einführung gestattet.

Der Vorstand.

Einladung zum

Benefiz-Ball

der Bedienung des Vereinshauses

am Sonntag d. 30. Januar,

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Anfang 5 Uhr. Ende 12 Uhr.

Eintritt 50 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

Die Bedienung.

Club Fidelitas.

Masken-Ball

am Sonntag den 30. Januar

in sämtlichen Räumen des Livost.

Offenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Von 6—8 Uhr: Tanz für die Zuschauer.

Eingang derselben Gewerkschaftsaal.

Von 7—8 Uhr: Versammlung der Masken.

Eingang derselben Königsporte.

Präcise 8 Uhr:

* Maskenzug. *

Fremdenkarten sind bei den Herren Levi,

Mühlenstraße 5, F. Nagel, Am Markt 14

und F. Callies, Kupferhammerstraße 24,

zu haben.

NB. Masken in Pierrotkostüm sowie

Kinder haben keinen Zutritt,

Maskengarderobe am Ballabend im Hause.

Der Vorstand.

Gesang-Verein

„Einigkeit“

Einladung zum Ball

am Sonntag den 30. Januar

im Lokale des Hrn. **H. Gutsche**

(Neulauerhof).

Anfang 5 Uhr. Ende 12 Uhr.

Entree 40 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Dame 15 Pfg., wofür Garderobe.

Musik vom Musiker-Fachverein.

Das Comitee.

Tonhalle.

Grosses Concert

am Sonntag den 30. Januar

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

F. Holst.